

# TOP 13

Antragsberatung und Abstimmungen

# TOP 14

Sachanträge, Initiativanträge

## 34. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt

### Änderungsanträge zum Regierungsprogramm

Sachsen-Anhalt stärker machen. Nur mit uns.....	2
Sicherheit. Ordnung. Migrationswende.....	4
Top-Region für Unternehmensansiedlungen in Europa.....	14
Das klügste Bildungssystem Deutschlands.....	25
Gute Gesundheit und Pflege überall.....	39
Soziale Gerechtigkeit und Familie.....	47
Die innovativste Landwirtschaft in Europa.....	51
Energie – sicher und bezahlbar.....	58
Frühkindliche Bildung – Für einen gelungenen Start.....	67
Digitalisierung. Tempo. Zukunft.....	69
Staat effizient und bürgernah.....	70
Entschlossener Rechtsstaat.....	76
Bezahlbare Mobilität in Stadt und Land.....	78
Wohnraumschaffen, Regionen stärken.....	80
Die Natur – Unsere Heimat.....	82
Religionsfreiheit und Kirchen.....	85
Wissenschaft als Wachstumsmotor.....	89
Finanzpolitik mit Verantwortung.....	90
Kulturland Sachsen-Anhalt.....	93
Erinnerungskultur stärken.....	94
Sachsen-Anhalt – Immer eine Reise wert.....	95
Sachsen-Anhalt in Bund und Europa.....	101

Antrag	Lfd. Nr.	Formulierung Alt	Begründung	Empfehlung der Antragskommission	Begründung der Antragskommission
<p><b><u>Antragsteller:</u> CDU Kreisverband Harz</b></p> <p><b>Übernahme der „Harzer Schwerpunkte“ in das Regierungsprogramm</b></p>	1.			Annahme durch Berücksichtigung der Themen im vorhandenen Programm	Die wesentlichen Anliegen der Harzer Schwerpunkte sind im Regierungsprogramm berücksichtigt. Mit der Übernahme des Antrags wird dem Anliegen des Antragstellers inhaltlich entsprochen. Eine gesonderte Hervorhebung weitergehender regionaler Aspekte innerhalb des Programms ist jedoch nicht vorgesehen. Zur ergänzenden Darstellung der spezifischen Harzer Themen wird empfohlen, die vorliegende Broschüre begleitend zum Regierungsprogramm zur weiteren inhaltlichen Vertiefung im Wahlkampf zu nutzen.
<p><b>Sachsen-Anhalt stärker machen. Nur mit uns.</b></p>					
<p><b><u>Antragsteller:</u> CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 43 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Unser Ziel sind sichere Arbeitsplätze mit guten Perspektiven und fairen Arbeitsbedingungen.</p>	2.	<p>Wer kann neue Unternehmen ins Land bringen und für sichere Arbeitsplätze sorgen?</p> <p>Wer kann sorgsam mit Steuergeld umgehen und will nicht noch mehr Abgaben?</p>	Gute Arbeit stärkt Motivation, Fachkräftebindung und wirtschaftliche Entwicklung.	Keine Berücksichtigung	Inhaltlicher Bezug fehlt an dieser Stelle, Anliegen wird im weiteren Programm aufgegriffen.

		<p>Wer sorgt für starken Zusammenhalt und ein gutes gesellschaftliches Klima?  Wer kann unsere Schulen ohne ideologische Vorgaben modernisieren?  Wer kann in Berlin und Brüssel Unterstützung und Förderung für unser Land holen?</p> <p>Mit Ihrer Antwort entscheiden Sie am 6. September über die Zukunft Ihres Arbeitsplatzes, gute Löhne, die Schulen Ihrer Kinder und vieles mehr.</p>			
<p><b><u>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</u></b></p> <p><b>Zeile 53-54 ändern in:</b></p> <p>Unser Land hat sich gut entwickelt. Wir haben so vieles erreicht. Diesen Aufstieg haben wir u.a. CDU-Ministerpräsidenten zu verdanken. Wir wollen diesen Weg mit neuer Kraft und neuen Ideen weitergehen. Wir haben noch viel vor.</p>	3.	<p>Unser Land hat sich gut entwickelt. Wir haben so vieles erreicht. Diesen Aufstieg, den wir mit unseren Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer begonnen und mit Reiner Haseloff ausgebaut haben, wollen wir mit neuer Kraft und neuen Ideen weitergehen. Wir haben noch viel vor.</p>	53 ist problematisch, da die CDU-MP vor Böhner nicht erwähnt werden.	Annahme	

**Sicherheit. Ordnung. Migrationswende.**

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 121 ändern in:</b></p> <p>Wir haben die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in der Landespolizei von XXX auf XXX gesteigert.</p>	<p>4.</p>	<p>Wir haben die Zahl der Polizistinnen und Polizisten in der Landespolizei deutlich gesteigert.</p>	<p>Es ist wichtig, wo immer konkret zu sein. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, konkrete Angaben, wo möglich, zu erhalten, um den Erfolg selbst einschätzen zu können.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Prägnante und kurze Formulierung soll beibehalten werden, keine zahlenfokussierte Bilanz.</p>
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 136 bis 138 ändern in:</b></p> <p>Das einzigartige System der freiwilligen Feuerwehren ist ein Erfolgsmodell und steht wie kaum etwas anderes für Zusammenhalt, Verantwortung und gelebtes Ehrenamt. Wir bekennen uns klar zu seinem Erhalt und investieren gezielt in Ausstattung, Ausbildung und Nachwuchs.</p>	<p>5.</p>	<p>Die Kameradinnen und Kameraden haben eine gute technische Ausstattung und vor allem auch die hohe Wertschätzung aller Bürgerinnen und Bürger für ihren wichtigen Dienst zum Wohle der Gesellschaft verdient.</p>	<p>Liest sich runder, positiver und konkreter.</p>	<p>Annahme</p>	
<p><b>INITIATIVANTRAG</b></p> <p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeile 195 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Etablierung eines Bedrohungs- und Gefährdungsmanagements:</b> Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen sich nicht nur sicher fühlen, sondern auch sicher sein. Dazu gehört, Menschen, die</p>			<p>Der schreckliche Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt am 20. Dezember 2024 hat unser Land erschüttert. Im Rahmen des 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung des Anschlags wurde deutlich, dass es verschiedener Instrumente bedarf, um gefährliche Menschen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend handeln zu können. Zum Attentäter in</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Ein Bedrohungs- und Gefährdungsmanagement etablieren:</b> Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sollen sich nicht nur sicher fühlen, sondern auch sicher sein. Dazu gehört,</p>	

<p>diese Sicherheit bedrohen, rechtzeitig zu identifizieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Wir wollen ein funktionierendes Bedrohungs- und Gefährdungsmanagement etablieren, welches auch nicht-polizeiliche Institutionen und forensische Experten einbezieht. Gleichzeitig setzen wir uns für eine zentrale Gefahrenanalyse und ein behördenübergreifendes Datenmanagement ein, um relevante Informationen zusammenzuführen und somit besser bewerten zu können.</p>			<p>Magdeburg lagen verschiedenen Behörden Informationen vor, die jedoch nicht zentral zusammenflossen, nicht ausreichend bewertet und verarbeitet wurden. Die Etablierung eines Bedrohungs- und Gefährdungsmanagements war eines der zentralen Handlungsempfehlungen aus dem Untersuchungsausschuss. Mit der Aufnahme in unser Regierungsprogramm senden wir ein deutliches Signal an die Menschen in unserem Land, die – zu Recht – erwarten, dass wir Lücken in unserem Sicherheitssystem schließen.</p>	<p>Menschen, die diese Sicherheit bedrohen, rechtzeitig zu identifizieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Wir wollen ein funktionierendes Bedrohungs- und Gefährdungsmanagement etablieren, welches auch Erkenntnisse anderer Institutionen miteinbezieht. Gleichzeitig setzen wir uns für eine zentrale Gefahrenanalyse und ein behördenübergreifendes Datenmanagement ein, um relevante Informationen zusammenzuführen und somit besser bewerten zu können.</p>	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Oschersleben; Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 227-254 ändern in:</b></p> <p><b>Die Migrationswende weiter konsequent umsetzen:</b> Die CDU-geführte Bundesregierung hat die notwendige Migrationswende eingeleitet. Wir als CDU Sachsen-Anhalt unterstützen diesen Kurs ausdrücklich, fordern zugleich aber weitere und noch stärkere Kraftanstrengungen, um Migration wirksam zu ordnen, zu begrenzen und</p>	<p>6.</p>	<p>Die Migrationswende weiter konsequent umsetzen: Die CDU-geführte Bundesregierung hat die notwendige Migrationswende eingeleitet. Im Jahr 2025 sind die Asylzugänge deutlich gesunken. Migration wird wieder gesteuert und begrenzt. Der erhebliche Rückgang der Asylzugangszahlen belegt, dass unsere klare Linie wirkt und Kommunen spürbar entlastet</p>	<p>Die vorgeschlagenen Ergänzungen dienen der weiteren Konkretisierung einer konsequenten Migrationspolitik. Die Einstufung Syriens und des Irak als sichere Herkunftsstaaten schafft eine notwendige rechtliche Grundlage für Rückführungen in größerem Umfang. Gleichzeitig wird mit der Zielgröße einer perspektivischen Rückführung eines Großteils der syrischen Staatsangehörigen ein klarer politischer Rahmen gesetzt, der Planungssicherheit schafft</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Migrationswende weiter konsequent umsetzen: Die CDU-geführte Bundesregierung hat die notwendige Migrationswende eingeleitet. Wir als CDU Sachsen-Anhalt unterstützen diesen Kurs ausdrücklich, fordern</p>	<p>Eine Rückführung von 80% aller in Deutschland lebender Syrer innerhalb von drei Jahren kann durch die Landespolitik nicht umgesetzt werden.</p>

<p>konsequent zurückzuführen. Die im Jahr 2025 deutlich gesunkenen Asylzugänge zeigen, dass die eingeleiteten Maßnahmen wirken und die Kommunen spürbar entlasten. Diesen Weg werden wir als CDU Sachsen-Anhalt weiter konsequent fortsetzen.</p> <p>Für uns ist klar: Migration muss dauerhaft gesteuert, begrenzt und rechtsstaatlich durchgesetzt werden. Asylverfahren sollen möglichst bereits an den Außengrenzen der Europäischen Union durchgeführt werden. Zugleich sollen freiwillige Aufnahmeprogramme beendet und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte weiterhin ausgesetzt bleiben. Es ist unser Ziel, die irreguläre Migration auf null zu reduzieren.</p> <p>Die CDU Sachsen-Anhalt zeigt bereits heute, dass sie handelt und Verantwortung übernimmt. Sachsen-Anhalt hat als eines der ersten Bundesländer die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt, verbunden mit einer Bargeldobergrenze von 50 Euro und einer spürbaren Entlastung der Kommunen. Die Zahl der Rückführungen und freiwilligen Ausreisen wurde deutlich gesteigert. Die Erstaufnahmestandorte in Bernburg, Blankenburg, Merseburg und Oberharz am Brocken sowie die Landesaufnahmeeinrichtung Magdeburg wurden geschlossen. Damit macht die CDU Sachsen-Anhalt deutlich, dass sie sich kümmert, Probleme nicht verwaltet,</p>	<p>werden. Wir werden diesen Weg fortsetzen und Asylverfahren möglichst bereits an den EU-Außengrenzen durchführen. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten soll erweitert, freiwillige Aufnahmeprogramme beendet und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt bleiben. Es ist unser Ziel, die irreguläre Migration auf null zu reduzieren.</p> <p>Migration auch in Zukunft konsequent ordnen und begrenzen: Erstaufnahmestandorte in Bernburg, Blankenburg, Merseburg, Oberharz am Brocken und die Landesaufnahmeeinrichtung Magdeburg wurden geschlossen. Sachsen-Anhalt hat als eines der ersten Bundesländer die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt, verbunden mit einer Bargeldobergrenze von 50 Euro und einer deutlichen Entlastung der Kommunen. Die Zahl der Rückführungen und freiwilligen Ausreisen wurde deutlich gesteigert. Wer ohne Schutzgrund nach Deutschland</p>	<p>und die Erwartungshaltung des Staates verdeutlicht.</p> <p>Die Verbindung aus klarer rechtlicher Einstufung, politischer Zieldefinition und der Forderung nach einem umfassenden, rechtssicheren Rückführungskonzept auf Bundesebene stärkt die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen und trägt dazu bei, Migration dauerhaft zu ordnen und zu begrenzen.</p>	<p>zugleich aber weitere und noch stärkere Kraftanstrengungen, um Migration wirksam zu ordnen, zu begrenzen und konsequent zurückzuführen. Die im Jahr 2025 deutlich gesunkenen Asylzugänge zeigen, dass die eingeleiteten Maßnahmen wirken und die Kommunen spürbar entlasten. Diesen Weg werden wir als CDU Sachsen-Anhalt weiter konsequent fortsetzen.</p> <p>Für uns ist klar: Migration muss dauerhaft gesteuert, begrenzt und rechtsstaatlich durchgesetzt werden. Asylverfahren sollen möglichst bereits an den Außengrenzen der Europäischen Union durchgeführt werden. Zugleich sollen freiwillige Aufnahmeprogramme beendet und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte weiterhin ausgesetzt bleiben. Es ist</p>	
---	--	---	---	--

<p>sondern entschlossen löst, und die Migrationswende im Land aktiv mitgestaltet. Wer ohne Schutzgrund nach Deutschland kommt, muss Deutschland wieder verlassen.</p> <p>Ausreisepflichtige werden konsequent abgeschoben, wenn sie nicht freiwillig ausreisen.</p> <p>Ausländischen Straftätern und Gefährdern begegnen wir weiterhin mit aller Konsequenz. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich auch künftig mit Nachdruck dafür ein, dass der Bund Abschiebungen nach Afghanistan, Syrien und in den Irak ermöglicht.</p> <p>Darüber hinaus setzt sich die CDU Sachsen-Anhalt ausdrücklich dafür ein, Syrien und den Irak als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Wir werden hierzu eine Bundesratsinitiative in die Wege leiten, um die notwendige rechtliche Grundlage für schnellere Verfahren und konsequentere Rückführungen zu schaffen. Wo Fluchtgründe entfallen sind, muss eine konsequente Rückführung erfolgen.</p> <p>Unser Ziel ist es, perspektivisch innerhalb der nächsten drei Jahre bis zu 80 Prozent der in Deutschland lebenden syrischen Staatsangehörigen in ihre Heimat zurückzuführen, sofern keine individuellen Schutzgründe entgegenstehen. Die Rückkehr soll dabei auch einen Beitrag zum Wiederaufbau der Herkunftsländer leisten. Im ersten Schritt betrifft dies insbesondere diejenigen, die in Deutschland</p>	<p>kommt, muss Deutschland wieder verlassen. Ausreisepflichtige werden konsequent abgeschoben, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Ausländischen Straftätern und Gefährdern begegnen wir mit aller Konsequenz. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass der Bund Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien möglich macht – im ersten Schritt von Straftätern und im zweiten von Männern, die nicht selbst ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Die neue Abschiebungssicherungseinrichtung des Landes werden wir 2027 in Betrieb nehmen. Leistungsfähige Ausländerbehörden, beschleunigte Verfahren, zentrale Erstaufnahme und wirksame Instrumente wie die Bezahlkarte sichern wir dauerhaft ab und entwickeln sie gezielt weiter.</p>		<p>unser Ziel, die irreguläre Migration auf null zu reduzieren.</p> <p>Die CDU Sachsen-Anhalt zeigt bereits heute, dass sie handelt und Verantwortung übernimmt. Sachsen-Anhalt hat als eines der ersten Bundesländer die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt, verbunden mit einer Bargeldobergrenze von 50 Euro und einer spürbaren Entlastung der Kommunen. Die Zahl der Rückführungen und freiwilligen Ausreisen wurde deutlich gesteigert. Die Erstaufnahmestandorte in Bernburg, Blankenburg, Merseburg und Oberharz am Brocken sowie die Landesaufnahmeeinrichtung Magdeburg wurden geschlossen. Damit macht die CDU Sachsen-Anhalt deutlich, dass sie sich kümmert, Probleme nicht verwaltet, sondern</p>	
---	---	--	---	--

<p>bislang keinen eigenen Beitrag zur Sicherung ihres Lebensunterhalts leisten.</p> <p>Die neue Abschiebungssicherungseinrichtung des Landes werden wir 2027 in Betrieb nehmen. Leistungsfähige Ausländerbehörden, beschleunigte Verfahren, eine zentrale Erstaufnahme und wirksame Instrumente wie die Bezahlkarte sichern wir dauerhaft ab und entwickeln sie gezielt weiter. Zugleich setzen wir uns auf Bundesebene für die schnelle Erarbeitung eines konsequenten und rechtssicheren Konzepts ein, das Rückführungen in großem Stil ermöglicht und bestehende Vollzugshemmnisse wirksam beseitigt. Die CDU Sachsen-Anhalt steht dafür, dass die eingeleitete Migrationswende nicht nur fortgesetzt, sondern mit weiterer Entschlossenheit vertieft wird.</p>				<p>entschlossen löst, und die Migrationswende im Land aktiv mitgestaltet. Wer ohne Schutzgrund nach Deutschland kommt, muss Deutschland wieder verlassen. Ausreisepflichtige werden konsequent abgeschoben, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Ausländischen Straftätern und Gefährdern begegnen wir weiterhin mit aller Konsequenz. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich auch künftig mit Nachdruck dafür ein, dass der Bund Abschiebungen nach Afghanistan, Syrien und in den Irak ermöglicht.</p> <p>Darüber hinaus setzt sich die CDU Sachsen-Anhalt ausdrücklich dafür ein, Syrien und den Irak als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Wir werden hierzu eine Bundesratsinitiative in die Wege leiten, um die notwendige rechtliche Grundlage für schnellere</p>	
--	--	--	--	---	--

				<p>Verfahren und konsequentere Rückführungen zu schaffen. Wo Fluchtgründe entfallen sind, muss eine konsequente Rückführung erfolgen.</p> <p>Die neue Abschiebungssicherungseinrichtung des Landes werden wir 2027 in Betrieb nehmen. Leistungsfähige Ausländerbehörden, beschleunigte Verfahren, eine zentrale Erstaufnahme und wirksame Instrumente wie die Bezahlkarte sichern wir dauerhaft ab und entwickeln sie gezielt weiter. Zugleich setzen wir uns auf Bundesebene für die schnelle Erarbeitung eines konsequenten und rechtssicheren Konzepts ein, das Rückführungen in großem Stil ermöglicht und bestehende Vollzugshemmnisse wirksam beseitigt. Die CDU Sachsen-Anhalt steht dafür, dass die eingeleitete Migrationswende nicht nur</p>	
--	--	--	--	--	--

				fortgesetzt, sondern mit weiterer Entschlossenheit vertieft wird.	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 247-250 ändern in:</b></p> <p>Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass der Bund Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien möglich macht – im ersten Schritt von Straftätern und im zweiten von Asylbewerbern, die nicht selbst ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten.</p>	7.	Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass der Bund Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien möglich macht – im ersten Schritt von Straftätern und im zweiten von Männern, die nicht selbst ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten.	Nicht nur Männer, sondern auch Frauen gehören dazu.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 272 bis 273 ändern in:</b></p> <p>Die Kommunen sollen konsequenter gegen Verschmutzungen, die über zentrale Meldestellen und/oder Online-Portale durch Bürger gemeldet werden können, im öffentlichen Raum vorgehen.</p>	8.	Die Kommunen sollen konsequenter gegen Verschmutzungen im öffentlichen Raum vorgehen.	Der Bürger sieht als erstes, wenn etwas verschmutzt ist. Eine zentrale Meldestelle oder ein Online-Portal verringern erheblich den zeitlichen Aufwand.	Keine Berücksichtigung	Umsetzung geschieht im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 275-278 ändern in:</b></p> <p>Deshalb wollen wir den Einsatz von polizeilichem Pfefferspray, um die Eigensicherung der kommunalen Vollzugsbediensteten in bedrohlichen Situationen zu verbessern.</p>	9.	Deshalb wollen wir den Einsatz von polizeilichem Pfefferspray in einzelnen Kommunen erproben, um die Eigensicherung der kommunalen Vollzugsbediensteten in bedrohlichen Situationen zu verbessern.	Polizeiliches Pfefferspray ist erprobt und soll zum Schutz unserer Polizisten eingesetzt werden können.	Keine Berücksichtigung	Erprobung zielt nicht auf das Pfefferspray oder seinen allgemeinen Einsatz, sondern auf den Einsatz von kommunalem Ordnungspersonal im Rahmen ihres Aufgabenbereiches, mit dazugehöriger Schulung.

<p><b>Antragssteller KPV Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 279 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Glücksspiel regulieren und fair gestalten:</b> Die Regularien für das Glücksspiel sind so zu gestalten, dass der Jugend- und Spielschutz gestärkt, das illegale Glücksspiel bekämpft und der legale Markt unter fairen Bedingungen gestaltet wird.</p>	10.		<p>Das Land Sachsen-Anhalt spielt beim Thema Glücksspiel, als Sitzland der Gemeinsamen Glücksspielbehörde aller Bundesländer, eine besondere Rolle.</p> <p>Neben der Stärkung der legalen Angebote, gilt es vor allem auch den illegalen Glücksspielmarkt zu bekämpfen. Nur ein einem regulierten Markt kann der notwendige Jugend- und Spielerschutz sichergestellt werden.</p> <p>Unter anderem durch die Vergünstigungsteuer profitiert der Staat eines regulierten Glücksspielmarkts.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 287 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>[...] die Modernisierung von Unterkunftsgebäuden sowie der sogenannten Trümmerstrecke als Übungsgelände für den Zivil- und Bevölkerungsschutz.</p>	11.	[...] die Modernisierung von Unterkunftsgebäuden sowie der sogenannten Trümmerstrecke für den Zivil- und Bevölkerungsschutz.	Trümmerstrecke“ bedarf kurzer Erläuterung.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 299 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Inhaber einer Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge bis 7,5 Tonnen sollen für das Führen entsprechender Feuerwehrfahrzeuge keinen zusätzlichen Feuerwehrführerschein benötigen. Stattdessen soll eine</p>	12.	Wir werden auch weiterhin den Erwerb von LKW-Führerscheinen fördern.	Viele Feuerwehrangehörige verfügen bereits über eine gültige Fahrerlaubnis für Kraftfahrzeuge bis 7,5 Tonnen. Zusätzliche Anforderungen durch einen gesonderten Feuerwehrführerschein führen zu unnötiger Bürokratie und erschweren die Einsatzbereitschaft	Keine Berücksichtigung	Ein LKW-/ oder Feuerwehrführerschein ist zwingend erforderlich. Sonderfahrrechte sind immer auch sicherheitsrelevant.

Einweisungsfahrt durchgeführt und dokumentiert werden.			der Feuerwehren. Ziel ist eine praxisnahe und unbürokratische Lösung.		
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 299 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir werden durch einen Erlass des Innenministeriums die rechtssichere Möglichkeit schaffen, dass Feuerwehren traditionelle Umzüge und Brauchtumsveranstaltungen – insbesondere Oster-, Martins- und vergleichbare Umzüge – begleiten können.</p>	13.		Die Begleitung traditioneller Umzüge durch die Feuerwehr ist vielerorts gelebter Bestandteil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. In der Praxis bestehen jedoch zunehmend Unsicherheiten hinsichtlich versicherungs- und haftungsrechtlicher Fragen. Andere Bundesländer – etwa Niedersachsen – haben hierzu bereits klarstellende Regelungen geschaffen. Auch in Sachsen-Anhalt soll durch einen ministeriellen Erlass Rechtssicherheit für Feuerwehren und Kommunen geschaffen werden, ohne zusätzliche bürokratische Hürden aufzubauen.	Keine Berücksichtigung	Feuerwehrfremde Aufgaben sollen freiwillig und ohne Erlass möglich bleiben.
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 311 ergänzen:</b></p> <p>Die im Ministerium für Inneres und Sport verankerte Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement muss als Koordinierungs- und Schnittstelle zum Bund, zur Bundeswehr, zu den Ländern, Ressorts und Kommunen personell weiter gestärkt werden.</p>	14.	Die im Ministerium für Inneres und Sport verankerte Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement muss als Koordinierungs- und Schnittstelle zum Bund, zu den Ländern, Ressorts und Kommunen personell weiter gestärkt werden.	Auch die Bundeswehr muss dabei beteiligt werden.	Annahme	

<p><b>Antragsteller: KPV Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 313-320 ändern in:</b></p> <p>Unsere Kommunen sind Herzkammern der Demokratie und müssen gestärkt werden.</p> <p>In den Kommunen erleben die Menschen am unmittelbarsten die Auswirkungen von politischen Entscheidungen.</p> <p>Wir wollen die Kommunen bzw. die Selbstverwaltung stärken.</p> <p>Dazu gehörte eine Vereinfachung von Förderverfahren, die Stärkung der Mittelverwendung durch mehr Pauschalzahlungen und die Schaffung von mehr Experimentierklauseln bei Landesgesetzen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die Interkommunale Zusammenarbeit wollen wir fördern.</p> <p>Wir setzen auf einen regelmäßigen Austausch zwischen Kommunen und Land.</p> <p>Gerade die kommunalen Mandatsträger wollen wir in ihrer Arbeit stärken.</p>	<p>15. Unsere Kommunen verlässlich und mit mehr Eigenverantwortung ausstatten: Wir werden für unsere Kommunen das Förderwesen vereinfachen und den Orten mehr Eigenverantwortung beim Einsatz der Mittel geben, so wie wir es bereits bei der Aufteilung des Sondervermögens Infrastruktur mit 60 % zugunsten der kommunalen Ebene praktiziert haben. Die interkommunale Zusammenarbeit wird künftig noch besser von uns unterstützt. Für kluge Ideen auf kommunaler Ebene prüfen wir die Einführung von Experimentierklauseln, um nach positiven Erfahrungen vor Ort Landesrecht entsprechend anpassen zu können.</p>	<p>Mit der Neuformulierung soll der Anspruch der CDU Sachsen-Anhalt als die Kommunalpartei noch einmal deutlicher werden.</p> <p>Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, die den Kommunen bei ihrer Arbeit vor Ort helfen sollen. Sie sind auch der Ausdruck eine Vertrauenskultur in Richtung der kommunalen Ebene</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Unsere Kommunen sind Herzkammern der Demokratie und müssen gestärkt werden.</p> <p>In den Kommunen erleben die Menschen am unmittelbarsten die Auswirkungen von politischen Entscheidungen.</p> <p>Wir wollen die Kommunen bzw. die Selbstverwaltung stärken.</p> <p>Dazu gehörte eine Vereinfachung von Förderverfahren, die Stärkung der Mittelverwendung durch mehr Pauschalzahlungen und die Schaffung von mehr Experimentierklauseln bei Landesgesetzen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die Interkommunale Zusammenarbeit wollen wir fördern.</p> <p>So haben wir es beispielsweise bei der Aufteilung des</p>	
---	--	--	---	--

				<p>Sondervermögens Infrastruktur mit 60 % zugunsten der kommunalen Ebene praktiziert.</p> <p>Wir setzen auf einen regelmäßigen Austausch zwischen Kommunen und Land.</p>	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 320 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Die bestehende Einwohnergrenze für die Beschaffung eigener Geschwindigkeitsmessanlagen durch Kommunen soll überprüft und deutlich abgesenkt oder aufgehoben werden.</p>	16.		<p>Die derzeitige Begrenzung benachteiligt insbesondere kleinere Kommunen im ländlichen Raum. Auch dort besteht ein berechtigtes Interesse an wirksamer Verkehrsüberwachung und mehr Verkehrssicherheit. Kommunen sollen mehr Handlungsspielraum erhalten, eigenverantwortlich über geeignete Maßnahmen zur Geschwindigkeitsüberwachung zu entscheiden.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Die derzeitige Regelung hat sich bewährt. Die hohen Anschaffungs- und Betriebskosten sowie die Notwendigkeit geschultes Personal einzusetzen, stehen in kleineren Orten oft nicht im Verhältnis zu Einnahmen aus Bußgeldern.</p>
<p><b>Top-Region für Unternehmensansiedlungen in Europa</b></p>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 321 ändern in:</b></p> <p>Eine attraktive Region für Unternehmensansiedlungen in Europa</p>	17.	<p>Top- Region für Unternehmensansiedlungen in Europa</p>	<p>Es wäre gut, wenn wir die Top-Region würden. Ehrlicher klingt es, wenn wir von einer attraktiven Region für die Unternehmensansiedlung sprechen. Sollte es wirklich Top werden, kann man es als</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Die bisherige Formulierung wurde bewusst klar, ambitioniert und politisch zugespitzt gewählt.</p>

			Erreichtes im nächsten Wahlkampf nutzen.		
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 321 ändern in:</b></p> <p>Wirtschaft stärken</p>	18.	Top- Region für Unternehmensansiedlungen in Europa	Begründung des Änderungsvorschlages: Es geht in der Wirtschaftspolitik nicht nur um Neuansiedlungen, sondern auch um die Stärkung der vorhandenen Betriebe. Nichts anders wird im weiteren Text dargelegt. Die bisherige Überschrift ist zu eng. Sie verwirrt sogar, wenn man nur die Überschriften des Programms liest.	Keine Berücksichtigung	Die bisherige Formulierung wurde bewusst klar, ambitioniert und politisch zugespitzt gewählt.
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 326 nachfolgend ergänzen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlässlichkeit, Wachstum und industrielle Stärke</li> </ul>	19.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftskraft ist die Grundlage für gute Löhne und ein stabiles Land</li> <li>- Chemie- und Pharma-Hub für Europäische Souveränität</li> <li>- Neue Unternehmen ansiedeln und Löhne steigern</li> </ul>	Zusätzlicher Spiegelstrich	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 329 bis 330 ändern in:</b></p> <p>Wir brauchen eine starke Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze, für gute Löhne, für interessante Berufe, für eine funktionierende Infrastruktur in Stadt und Land, für</p>	20.	Wir brauchen eine starke Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze, für gute Löhne, für interessante Berufe, für eine funktionierende Infrastruktur in Stadt und Land, die wiederum auch für eine	Rundere Formulierung	Annahme	

<p>steigenden Wohlstand und sozialen Ausgleich und Sicherheit, folglich steht die Förderung der Wirtschaft im Zentrum unserer Politik.</p>		<p>starke Wirtschaft von Bedeutung ist.</p>			
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Wirtschaft“</b></p> <p><b>Zeilen 335-337 ändern in:</b></p> <p>Unsere Standort-Vorteile: Zentrale Lage in Europa, ein sicheres, bezahlbares und zunehmend klimaneutrales Energieangebot, ausreichend verfügbare Industrieflächen, wettbewerbsfähige Kostenstrukturen, gut qualifizierte Fachkräfte, eine hervorragende Kinderbetreuung sowie starke Chemie- und Logistikcluster.</p>	<p>21.</p>	<p>Unsere Standort-Vorteile: Zentrale Lage in Europa, viel grüne Energie, viel Fläche, niedrige Mieten, gut qualifizierte Fachkräfte und eine hervorragende Kinderbetreuung, Chemie- und Logistikcluster sind vorhanden.</p>	<p>Der Begriff "grüne Energie" bedient das Framing des politischen Gegners. Für Investitionsentscheidungen der Industrie sind in erster Linie Versorgungssicherheit ("sicher") und internationale Konkurrenzfähigkeit ("bezahlbar") ausschlaggebend, was wir hier ordnungspolitisch sauber in den Vordergrund rücken. Zudem wirkt "niedrige Mieten" provinziell und wird durch das professionellere "wettbewerbsfähige Kostenstrukturen" ersetzt.</p>	<p>Annahme</p>	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 363-365 ändern in:</b></p> <p>In Sachsen-Anhalt braucht es jetzt eine Wirtschaftspolitik, die besonnen und zugleich mutig ist: pragmatisch, wachstumsorientiert und unternehmerfreundlich – mit Augenmaß und Verantwortung. Genau diese Haltung muss wieder unser Markenzeichen werden.</p>	<p>22.</p>	<p>In Sachsen-Anhalt braucht es jetzt eine Wirtschaftspolitik, die besonnen und zugleich mutig ist: pragmatisch, wachstumsorientiert und unternehmerfreundlich – mit Augenmaß und Verantwortung. Genau diese Haltung war in der Vergangenheit unser Markenzeichen.</p>	<p>Diese Formulierung belebt unsere Haltung zur Wirtschaftspolitik wieder.</p>	<p>Annahme</p>	

<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Wirtschaft“</b></p> <p><b>Zeilen 416-420 ändern in:</b></p> <p>Dadurch müssen Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigt und regulatorische Fesseln endgültig gelöst werden. Wir setzen primär auf strukturell exzellente Standortbedingungen. Niedrige Unternehmenssteuern, wettbewerbsfähige Energiepreise und Planungsfreiheit schaffen gemeinsam mit akzentuierten den Fördermöglichkeiten die attraktivsten Rahmenbedingungen für Investitionen in Sachsen-Anhalt.</p>	23.	<p>Dadurch können Genehmigungsverfahren beschleunigt, Fördermöglichkeiten verbessert und beihilfe-rechtliche Spielräume erweitert werden. So schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen und stärken Sachsen-Anhalt als Standort der pharmazeutischen Produktion.</p>	<p>Die CDU darf sich die etatistische Logik der politischen Konkurrenz nicht zu eigen machen, den Wirtschaftsstandort primär durch Steuergeld und Beihilfen lenken zu wollen. Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf starken Rahmenbedingungen für alle, nicht auf der staatlichen Dauerfütterung einzelner Konzerne oder Branchen.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Bisherige Formulierung prägnanter und mit dem Landesfachausschuss bereits abgestimmt. Wirtschaftspolitik ohne Fördermitteleinsatz, bezogen auf Schlüsselinvestitionen und -branchen, ist unrealistisch.</p>
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 437 ändern in:</b></p> <p>Wir begrüßen daher die aktuellen Anstrengungen der Länder und der unionsgeführten Bundesregierung, Berichtspflichten bundesweit auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Sachsen-Anhalt wird hierbei vorangehen und wird echten Abbau vorantreiben und neue Belastungen vermeiden.</p>	24.	<p>Wir begrüßen daher die aktuellen Anstrengungen der Länder und der unionsgeführten Bundesregierung, Berichtspflichten bundesweit auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Sachsen-Anhalt wird hierbei vorangehen und Bürokratie einfrieren.</p>	<p>Wenn es im Satz davor um "zurückzuführen" geht, deckt das Wort "Einfrieren" das nicht ab</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Wirtschaft“</b></p> <p><b>Zeilen 437-439 ändern in:</b></p> <p>In den kommenden fünf Jahren verhängen wir als Land einen absoluten Stopp für</p>	25.	<p>In den kommenden fünf Jahren wollen wir als Land keine neuen Auflagen und keine unnötigen zusätzlichen Berichtspflichten zulassen.</p>	<p>Das Wort "unnötig" im Ursprungstext öffnet der Verwaltung Tür und Tor, da im Zweifel jede neue Berichtspflicht von der Ministerialebene als "nötig" begründet wird. Wer als CDU ernsthaft</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>In den kommenden fünf Jahren wollen wir als Land keine neuen</p>	<p>Realistischer und erreichbarer. One-in-one-out-Prinzip bereits Beschlusslage der Landesregierung.</p>

<p>neue Auflagen und Berichtspflichten. Zudem führen wir auf Landesebene ein striktes 'One-in-Two-out'-Prinzip ein: Für jede zwingend erforderliche neue Belastung müssen mindestens zwei alte Regularien gestrichen werden.</p>			<p>Bürokratie abbauen will, muss harte, messbare Grenzen einziehen und auf weiche Absichtserklärungen verzichten.</p>	<p>Auflagen und keine unnötigen zusätzlichen Berichtspflichten zulassen. Zudem setzen wir auf Landesebene das „One-in-One-out“-Prinzip um: Für jede zwingend erforderliche neue Belastung soll mindestens eine bestehende Regelung entfallen.</p>	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 445-448 ändern in:</b></p> <p>Für eine hohe Qualität der dualen Ausbildung sind attraktive Rahmenbedingungen an allen Berufsschulstandorten und die Verstärkung der Förderung der überbetrieblichen Lehrunterweisung im Handwerk unerlässlich. Wir wollen Quereinstiege sowie das berufliche Auf- und Umsteigen durch anerkannte, abschlussorientierte Teilqualifizierungen erleichtern. So können Unternehmen sich schnell passgenaue Fachkräfte sichern und Beschäftigte in jedem Berufsfeld flexibel und zukunftsfähig bleiben.</p>	<p>26.</p>	<p>Wir wollen Quereinstiege sowie das berufliche Auf- und Umsteigen erleichtern. Mit anerkannten Modulen und nahtlosen Übergängen. So können Unternehmen sich schnell passgenaue Fachkräfte sichern und Beschäftigte in jedem Berufsfeld flexibel und zukunftsfähig bleiben.</p>		<p>Annahme</p>	

<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 474 bis 475 ändern in:</b>  Sachsen-Anhalt nutzt seine industriellen Kerne, seine Energiekompetenz und verfügbaren Flächen gezielt für neue Ansiedlungen. Durch sofort verfügbare Industriestandorte, beschleunigte und verlässliche Genehmigungsverfahren sowie eine aktive Fachkräftepolitik schaffen wir die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und neue Wertschöpfung im Land. Dabei setzen wir mit der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG) auf eine zentrale Institution mit ausgewiesener Expertise in Investorenansprache, Standortentwicklung und Ansiedlungsbegleitung, die Unternehmen von der ersten Anfrage bis zur Umsetzung unterstützt. Gleichzeitig sichern wir Investoren die notwendige Planungssicherheit – durch klare Rahmenbedingungen und politische Kontinuität, die eine verlässliche und langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik gewährleistet.</p>	<p>27.</p>	<p>Wir wollen durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur unsere Ansiedlungsbemühungen nochmals steigern.</p>	<p>Der Punkt ist zu kurz formuliert:</p> <p>Unternehmen entscheiden nach:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Flächen &amp; Infrastruktur</li> <li>- Genehmigungen &amp; Tempo</li> <li>- Förderinstrumente</li> <li>- Fachkräfte &amp; Lebensumfeld</li> <li>- Aktive Ansiedlungspolitik (zielgerichtete Investorenansprache und (internationale) Standortvermarktung, Clustermanagement, Einbindung Bestandsunternehmen (Erweiterungsinvestitionen))</li> </ul> <p>Nicht zuletzt ist Planungssicherheit in Form von politischer Rückendeckung und Verlässlichkeit wesentlich, diese gibt es nur mit der CDU.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Sachsen-Anhalt nutzt seine industriellen Kerne, seine Energiekompetenz und verfügbaren Flächen gezielt für neue Ansiedlungen. Durch sofort verfügbare Industriestandorte, beschleunigte und verlässliche Genehmigungsverfahren sowie eine aktive Fachkräftepolitik schaffen wir die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und neue Wertschöpfung im Land. Dabei setzen wir mit der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG) auf eine zentrale Institution mit ausgewiesener Expertise in Investorenansprache, Standortentwicklung und Ansiedlungsbegleitung, die Unternehmen von der ersten Anfrage bis zur Umsetzung unterstützt.</p>	<p>Ursprungstext enthält gezielte Investitionen in die Infrastruktur. Dieses Ziel sollte beibehalten werden.</p>
---	------------	---	---	---	--

				<p>Wir wollen durch gezielte Investitionen in die Infrastruktur unsere Ansiedlungsbemühungen nochmals steigern.</p> <p>Gleichzeitig sichern wir Investoren die notwendige Planungssicherheit – durch klare Rahmenbedingungen und politische Kontinuität, die eine verlässliche und langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik gewährleistet.</p>	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeile 476 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt aktiv Initiativen zur Ansiedlung von Großunternehmen, so wie bei der Initiative der Stadt Halle (Saale) zur Werbung um den Konzernsitz der Deutschen Bahn. Ziel ist es hier, die zentrale Lage Sachsens-Anhalts im Herzen Deutschlands sowie die vorhandenen infrastrukturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale gezielt zu nutzen, um eine solche Ansiedlung zu ermöglichen. Das Land wird diese Bewerbung politisch begleiten und sich auf Bundesebene sowie gegenüber der Deutschen</p>	28.		<p>35 Jahre nach der Deutschen Einheit haben von den 50 größten deutschen Unternehmen lediglich zwei ihren Hauptsitz in Ostdeutschland. Hier wird deutlich, wie groß das Ungleichgewicht in der Wirtschafts- und Unternehmenslandschaft Deutschlands weiterhin ist. Die Initiativbewerbung der Städte Halle (Saale) und Erfurt ist deshalb ein wichtiges und längst überfälliges Zeichen der Selbstbehauptung des Ostens. Mitteldeutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt sind bereit und fähig, mehr Verantwortung zu übernehmen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die CDU Sachsen-Anhalt unterstützt aktiv Initiativen zur Ansiedlung von Großunternehmen, so wie z.B. bei der Initiative zur Werbung der Stadt Halle (Saale) um einen Konzernstandort der Deutschen Bahn.</p> <p>Ziel ist es, die zentrale Lage Sachsens-Anhalts im Herzen Deutschlands sowie die vorhandenen</p>	<p>Anliegen wird im Sinne der Entwicklung des gesamten Bundeslandes unterstützt. Standort für die Deutsche Bahn dient nur als ein Beispiel.</p>

<p>Bahn nachdrücklich für den Standort einsetzen.</p>			<p>Halle (Saale) und Erfurt verfügen über starke und überzeugende Argumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Halle liegt an einer der zentralsten Verkehrsachsen Deutschlands, direkt an den wichtigsten Nord-Süd- und Ost-West-Achsen des Fernverkehrs.</li> <li>→ Der Standort Riebeckplatz mit dem modernsten Rangierbahnhof Europas bietet erhebliche Entwicklungsflächen in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs.</li> <li>→ Flughafen Leipzig/Halle: eines der strategisch bedeutendsten Luftverkehrsdrehkreuze Deutschlands.</li> <li>→ Erfurt ergänzt diese Stärken als zentraler ICE-Knoten.</li> </ul>	<p>infrastrukturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale gezielt zu nutzen, um solche Ansiedlungen zu ermöglichen.</p>	
---	--	--	---	---	--

			<p>→ Die seit Jahrzehnten bestehende Zusage, große Bundesunternehmen auch im Osten anzusiedeln, wird mit dieser Bewerbung konkret aufgegriffen.</p> <p>Ein Umzug der Konzernzentrale wäre ein starkes Signal der Bundespolitik. Bundeskanzler Friedrich Merz hat selbst auf bestehende Versäumnisse gegenüber dem Osten hingewiesen. Die Unterstützung dieser Bewerbung wäre ein sichtbares Zeichen, dass die Stärkung des Ostens politisch gewollt und ernst gemeint ist.</p> <p>Zudem eröffnet der bis 2033/2034 laufende Mietvertrag für den DB-Tower in Berlin ein konkretes Zeitfenster für eine Neubewertung der Standortfrage. Die Kostenstruktur des Standorts Berlin im Vergleich zu Halle oder Erfurt liegt deutlich höher, sodass auch wirtschaftliche Gründe für eine Prüfung sprechen.</p> <p>Für Sachsen-Anhalt stellt die Bewerbung eine Jahrhundertchance dar:</p>		
--	--	--	--	--	--

			<ul style="list-style-type: none"> <li>→ mehrere tausend hochwertige Arbeitsplätze,</li> <li>→ erhebliche zusätzliche Gewerbesteuerereinnahmen,</li> <li>→ eine starke Strahlkraft für die gesamte Region Mitteldeutschland,</li> <li>→ sowie Synergien mit bestehenden Großprojekten wie dem Zukunftszentrum Deutsche Einheit.</li> </ul>		
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 489-491 ändern in:</b></p> <p>Ergänzend ist von überragendem öffentlichem Interesse, mit der Fertigstellung der A14, der A143 sowie aller anderen Projekte der Verkehrswegeplanung in der kommenden Legislaturperiode auch dort die Voraussetzungen für neue Investitionsleuchttürme zu schaffen.</p>	29.	Ergänzend dazu setzen wir alles daran, mit der Fertigstellung der A14, der A143 sowie aller anderen Projekte der Verkehrswegeplanung in der kommenden Legislaturperiode auch dort die Voraussetzungen für neue Investitionsleuchttürme zu schaffen.	überragendes öffentliches Interesse priorisiert gesetzlich bestimmte Infrastrukturprojekte und deren Belange bei Abwägungsprozessen über andere Interessen.	Annahme	

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 513 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Ein Beispiel für diese industrielle Stärke und zugleich die bestehenden Herausforderungen ist die Kali- und Salzproduktion in Sachsen-Anhalt. Die Standorte der K+S-Gruppe, insbesondere in Zielitz und Bernburg, stehen für industrielle Wertschöpfung, qualifizierte Arbeitsplätze und eine hohe Bedeutung für die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas mit strategischen Rohstoffen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, ist daher auch im Interesse einer resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik.</p>	30.		<p>Die Kali- und Salzproduktion ist ein zentraler Bestandteil der industriellen Wertschöpfung Sachsen-Anhalts und besitzt hohe strategische Bedeutung für Deutschland und Europa. Die Ergänzung macht die Bedeutung dieser Standorte sichtbar und stärkt die industriepolitische Ausrichtung des Programms, ohne zusätzliche Förderverpflichtungen zu begründen.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Die Rohstoffgewinnung, wie zum Beispiel die Kali- und Salzproduktion, steht beispielhaft für die industrielle Stärke Sachsen-Anhalts. Sie sichert Wertschöpfung, Arbeitsplätze und die Versorgung mit strategischen Rohstoffen – ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, liegt im Interesse einer resilienten und zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik.</p>	<p>Anliegen wird im Sinne der Wirtschaftsentwicklung des gesamten Bundeslandes unterstützt. Kali- und Salzproduktion dient nur als ein Beispiel.</p>
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 581 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Dies soll auch für die Beamten und Richter des Landes Sachsen-Anhalt gelten.</p>	31.	<p>Zudem streben wir gezielte Erleichterungen für eine unbürokratische und klar geregelte Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte an und wollen bessere Anreize für Mehrarbeit und Arbeit im Rentenalter schaffen – sozialversicherungsfrei und unbürokratisch.</p>	<p>Wenn wir etwas allgemein fordern, muss es auch für uns selbst gelten. Sonst ist es unehrlich. Zudem rollt die Pensionierungswelle genauso durchs Land und es fehlen nach Angaben aller Regierungsmitglieder im öffentlichen Dienst die Fachkräfte.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Bisherige Formulierung schließt Beamte nicht aus.</p>
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 598 streichen</b></p>	32.	<p>4 Tage Unterricht, 1 Tag Praxis in Unternehmen an Ober- und Gesamtschulen</p>	<p>598 ist wohl unrealistisch und zeitlich nicht mit der notwendigen Vermittlung von Allgemeinwissen zu vereinbaren, daher streichen.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>4+1 als Modellversuch erfolgreich erprobt, daher landesweite Einführung gefordert.</p>

Allenfalls sollte nur ein entsprechender Schulversuch unternommen werden.

**Das klügste Bildungssystem Deutschlands**

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 595 ändern in:</b></p> <p>Ein Bildungssystem für die Zukunft Sachsen-Anhalts</p>	<p>33.</p>	<p>Das klügste Bildungssystem in Deutschland</p>	<p>Ein Bildungssystem als solches ist weder klug noch dumm. Die Wählerschaft erwartet ehrliche Formulierungen. Das der CDU Sachsen-Anhalts der große Wurf gelingt, in den nächsten Jahren bei den Schulumfragen wirklich deutschlandweit die Besten zu werden ist erstrebenswert, aber nicht wirklich realistisch.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Die bisherige Formulierung wurde bewusst klar, ambitioniert und politisch zugespitzt gewählt.</p>
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 601 ändern in:</b></p> <p>Wir erhalten die Schulen im ländlichen Raum</p>	<p>34.</p>	<p>Lehrkräfte für den ländlichen Raum gewinnen</p>	<p>Die CDU ist die Partei der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Auf Basis des Moratoriums bei der Schulentwicklungsplanung bis 2029 wird immer deutlicher, dass wir das Vertrauen der Menschen in das Funktionieren des Staates nicht leichtfertig durch Effektivierungsgedanken im Bildungssystem verspielen dürfen. Zumal die Lehrkräfteversorgung sich in den nächsten Jahren spürbar verbessern wird. Deshalb braucht es ein klares Bekenntnis zu ländlichen Schulstrukturen. Im MB arbeitet man schon an einer neuen SEPL-</p>	<p>Annahme</p>	

			<p>VO, die andere Parameter für den Erhalt von Schulen vorsehen und eine neue Schulverbandsform „Campusschule“, in der verschiedene Schulformen aufgehen können, ermöglichen wird. Natürlich laufen auch die Stipendienprogramme und das duale LA-Studium weiter und zählen auf das große Ziel der Erhaltung ein, müssen hier an dieser Stelle im Programm aber nicht dezidiert genannt werden.</p> <p>Aufgrund der Ausführungen zur Daseinsvorsorge und zum Erhalt der Schulstrukturen im ländlichen Raum müssen wir hier ein klares Bekenntnis ohne Vorbehalt abgeben.</p>		
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 622-623 ändern in:</b></p> <p>Kein junger Mensch soll das Bildungssystem ohne einen anerkannten Schulabschluss verlassen.</p>	35.	Kein junger Mensch darf das Bildungssystem ohne einen anerkannten Schulabschluss verlassen.	Ein „darf“ ist nicht erfüllbar.	Keine Berücksichtigung	Jeden jungen Menschen zu einem anerkannten Schulabschluss führen sollte Anspruch jeder Regierung sein.
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 651 bis 652 ändern in:</b></p>	36.	<b>Am gegliederten Schulsystem festhalten:</b> Wir sichern den Schulfrieden. Mit uns gibt es keine Einheitschule oder andere ideologische Schulexperimente.	Auf politische Rhetorik sollte zugunsten tatsächlicher Programmatik verzichtet werden (gerade im Absatz zur Bildung)	Annahme in geänderter Fassung:  <b>Am gegliederten Schulsystem festhalten:</b> Wir stehen zu	

<p><b>Am gegliederten Schulsystem festhalten:</b>  Kinder mit unterschiedlichen Begabungen brauchen ein differenziertes Schulsystem und unterschiedliche Lernwege (bessere Förderung und mehr Leistungsorientierung).</p>				<p>einem differenzierten Schulsystem, das Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer individuellen Begabungen fördert. Unterschiedliche Lernwege ermöglichen mehr Chancengerechtigkeit, bessere Förderung und eine stärkere Orientierung an Leistung. Dabei setzen wir uns für die Gleichwertigkeit von Gymnasien und Oberschulen ein. Beide Schulformen sind wichtige und gleichwertige Säulen unseres Bildungssystems, mit jeweils klaren Profilen. Gymnasien sollen Schülerinnen und Schüler gezielt auf ein Hochschulstudium vorbereiten, während Oberschulen einen stärkeren Schwerpunkt auf Praxisnähe und Ausbildungsreife legen.</p>	
---	--	--	--	---	--

<p><b>Antragsteller: Regionalverband Bad Schmiedeberg, Kreisverband Wittenberg</b></p> <p><b>Zeilen 651-652 ändern in:</b></p> <p>Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, weil es verlässliche Bildungswege schafft und den Schulfrieden sichert. Dabei setzen wir uns für die Gleichwertigkeit von Gymnasien und Oberschulen ein. Beide Schulformen sind wichtige und gleichwertige Säulen unseres Bildungssystems, mit jeweils klaren Profilen. Gymnasien sollen Schülerinnen und Schüler gezielt auf ein Hochschulstudium vorbereiten, während Oberschulen einen stärkeren Schwerpunkt auf Praxisnähe und Ausbildungsreife legen. Eine Einheitsschule oder andere ideologisch motivierte Schulexperimente wird es mit uns nicht geben.</p>	<p>37.</p>	<p><b>Am gegliederten Schulsystem festhalten:</b> Wir sichern den Schulfrieden. Mit uns gibt es keine Einheitsschule oder andere ideologische Schulexperimente.</p>	<p>Der Texteschub macht deutlich, dass es beim gegliederten Schulsystem nicht um eine Rangordnung der Schulformen geht, sondern um gleichwertige Bildungswege mit unterschiedlichen Stärken. Ohne diesen Satzteil könnte leicht der Eindruck entstehen, das Gymnasium werde aufgewertet und die Oberschule abgewertet. Gleichzeitig macht die Passage das Konzept konkret und verständlich, wofür Gymnasien und Oberschulen jeweils stehen und welches Ziel sie verfolgen, nämlich die gezielte Vorbereitung auf ein Hochschulstudium auf der einen Seite und ein stärkerer Fokus auf Praxisnähe und Ausbildungsreife auf der anderen. Dadurch wirkt die Aussage nicht nur wie ein Festhalten an Strukturen, sondern wie ein nachvollziehbares Bildungsangebot, das unterschiedliche Begabungen und Lebenswege ernst nimmt und Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie auch Ausbildungsbetrieben klare Orientierung gibt.</p>	<p>Berücksichtigung aufgrund Annahme der geänderten Fassung des vorhergehenden Antrags</p>	
--	------------	---	---	--	--

<p><b>Antragsteller: Junge Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 652 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Der Übergang auf weiterführende Schulen soll durch verbindliche Schullaufbahneempfehlungen begleitet werden, um Über- und Unterforderung zu vermeiden und leistungsgerechte Bildungswege zu stärken.</p>	38.		<p>Schullaufbahneempfehlungen sollen Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Leistungen und Fähigkeiten auf geeignete Bildungswege vorbereiten.</p> <p>Verbindliche Empfehlungen helfen dabei, Über- und Unterforderung zu vermeiden und stärken die Leistungsorientierung des Bildungssystems. Ziel ist es, bessere individuelle Bildungserfolge zu ermöglichen und gleichzeitig den unterschiedlichen Schulformen klare Profile zu geben.</p>	Keine Berücksichtigung	Unter Federführung der CDU in der 8. Wahlperiode verbindliches Beratungsmodell eingeführt. Elternwille bleibt entscheidend.
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 665-667 streichen</b></p>	39.	Schulentwicklung muss sich an regionale Gegebenheiten, demografische Entwicklungen und pädagogische Erfordernisse anpassen.	Aufgrund der Ausführungen zur Daseinsvorsorge und zum Erhalt der Schulstrukturen im ländlichen Raum müssen wir hier ein klares Bekenntnis ohne Vorbehalt abgeben.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 667-668 ändern in:</b></p> <p>Wir sind die Partei der Daseinsvorsorge und wir wollen Schulstrukturen im ländlichen Raum erhalten.</p>	40.	Wir sind die Partei der Daseinsvorsorge und wir wollen Schulstrukturen im ländlichen Raum verantwortbar erhalten.		Annahme	

<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 670 nachfolgend ergänzen:</b>  Um Chancengleichheit für alle Kinder (v.a. im Grundschulbereich) zu ermöglichen, sollen Nachmittagsangebote – z.B. zur musisch-kreativen Bildung und zur Bewegungsförderung oder auch Nachhilfeangebote – an Schulen und Horte angegliedert sein. Dadurch wird verhindert, dass Kinder, deren Eltern Vollzeit arbeiten oder die alleinerziehende Elternteile haben, aufgrund fehlender bzw. eingeschränkter Mobilität (v.a. im ländlichen Raum) von derartigen Angeboten ausgeschlossen werden.</p>	41.		<p>Im ländlichen Raum finden wichtige Angebote für die kindliche Entwicklung oft an unterschiedlichsten Orten statt. Im Alltag bedeutet das, dass Kinder, deren Familien es aus unterschiedlichsten Gründen nicht leisten können, sie zu jenen Angeboten hinzufahren, faktisch ausgeschlossen sind. Dabei sind es oft jene Kinder, die eine zusätzliche Förderung für eine gute Entwicklung bedürfen. Daher ist es wichtig, verschiedene Angebote (auch) an Schulen und Horte anzuschließen. So wird zudem unnötige Fahrerei und Zeitaufwand in der Familie vermieden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Um faire Bildungschancen für alle Kinder, insbesondere im Grundschulbereich, zu schaffen, wollen wir Nachmittagsangebote an Schulen und Horten stärken und ausbauen. Dazu gehören insbesondere Angebote der musisch-kreativen Bildung, Bewegungsförderung sowie ergänzende Lern- und Unterstützungsangebote. So stellen wir sicher, dass Kinder unabhängig von ihrer familiären Situation oder ihren Mobilitätsmöglichkeiten, insbesondere im ländlichen Raum, gleichberechtigten Zugang zu Bildungs- und Förderangeboten erhalten.</p>	Sprachlich runder.
---	-----	--	--	--	--------------------

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Burgenlandkreis</b></p> <p><b>Zeilen 672 bis 678 ändern in:</b></p> <p><b>Vorschuljahr konsequent nutzen:</b> Alle Kinder müssen für einen erfolgreichen Bildungsweg mit Eintritt in die Schule die deutsche Sprache beherrschen. Durch eine verbindliche Sprachstandserhebung und Förderung im Vorschuljahr erreichen wir individuelle Schulfähigkeit. Ziel ist es, alle Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund, frühzeitig sprachlich und entwicklungsbezogen auf die Schule vorzubereiten.</p> <p><b>Die Grundschule als Fundament für den Bildungserfolg stärken:</b> Wir werden die Kernkompetenzen stärken und den Unterricht in Mathematik und Deutsch ausbauen. Kita, Grundschule und Hort kooperieren im Sinne einer umfassenden Bildung unserer Kinder und zur Entlastung der Eltern wirksam miteinander.</p>	42.	<p><b>Vorschuljahr konsequent nutzen:</b> Alle Kinder müssen für einen erfolgreichen Bildungsweg mit Eintritt in die Schule die deutsche Sprache beherrschen. Durch eine verbindliche Sprachstandserhebung und Förderung im Vorschuljahr erreichen wir individuelle Schulfähigkeit. Ziel ist es, alle Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund, frühzeitig sprachlich und entwicklungsbezogen auf die Schule vorzubereiten.</p> <p>677 Kita, Grundschule und Hort kooperieren im Sinne einer umfassenden Bildung unserer Kinder und zur Entlastung der Eltern wirksam miteinander</p>	In der Grundschule werden die Weichen für den Bildungserfolg gestellt. Die Grundschule muss als Schulform zumindest einen eigenen Absatz bekommen	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Junge Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 672 - 676 ändern in:</b></p> <p>Das letzte Jahr vor der Einschulung soll als verbindliches Vorschuljahr ausgestaltet werden. Ziel ist es, alle Kinder frühzeitig sprachlich, sozial und entwicklungsbezogen auf einen erfolgreichen Schulstart vorzubereiten. Kinder ohne ausreichende</p>	43.	Durch eine verbindliche Sprachstandserhebung und Förderung im Vorschuljahr erreichen wir individuelle Schulfähigkeit. Ziel ist es, alle Kinder, mit und ohne Migrationshintergrund, frühzeitig sprachlich und entwicklungsbezogen auf die Schule vorzubereiten.	Die frühkindliche Bildung entscheidet maßgeblich über den späteren Bildungserfolg. Viele Probleme im Schulalltag entstehen bereits vor der Einschulung, insbesondere durch fehlende Sprachkompetenzen. Ein verbindliches Vorschuljahr stärkt die Chancengerechtigkeit, verbessert die Schulfähigkeit und entlastet Grundschulen langfristig. Kinder müssen beim Schuleintritt über	Keine Berücksichtigung	Verpflichtende Vorschule führt zu kommunalen Mehrbelastungen.

deutsche Sprachkenntnisse müssen verpflichtend angezielten Fördermaßnahmen teilnehmen.			ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, um dem Unterricht erfolgreich folgen zu können. Frühzeitige Förderung ist wirksamer als spätere Reparaturmaßnahmen.		
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Eilsleben, Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 693 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir wollen praktische Fähigkeiten sowie Elemente des Werkens und der Schulgartenarbeit an Grundschulen stärken und Schulen dabei unterstützen, entsprechende Angebote auszubauen.</p>	44.		Praktische Fähigkeiten, handwerkliche Grundlagen und ein bewusster Umgang mit Natur und Umwelt leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Kindern. Viele Schulen bieten bereits heute entsprechende Angebote an. Ziel des Antrags ist es, diese praxisnahen Bildungsangebote zu stärken, um es möglichst an allen Grundschulen verfügbar zu machen.	Annahme in geänderter Fassung:  Zeile 719 nachfolgend ergänzen:  <b>Alltagskompetenzen früh fördern:</b> Wir wollen praktische Fähigkeiten sowie Elemente des Werkens und der Schulgartenarbeit an Grundschulen stärken und Schulen dabei unterstützen, entsprechende Angebote auszubauen.	Sprachlich runder.
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 695 bis 697 ändern in:</b></p> <p>Mit der Erkenntnis, wie gut und wichtig der praxisorientierte ESP/TZ und PA Unterricht in den Schulen der DDR war, wollen wir in den Klassenstufen 7 bis 9 der neuen Ober- und Gesamtschulen sowie an geeigneten Förderschulen einen verbindlichen wöchentlichen Praxislerntag oder digital gestützten Lerntag einführen.</p>	45.	In den Klassenstufen 7 bis 9 den neuen Oberschulen und Gesamtschulen sowie an geeigneten Förderschulen wollen wir einen verbindlichen wöchentlichen Praxislerntag oder digital gestützten Lerntag einführen.	Viele Bürger in Sachsen-Anhalt vermissen die Wertschätzung und Fortführung guter, in der DDR umgesetzter Ideen in der Nachwendezeit, ohne „ostalgisch“ zu sein! Hier gibt es die Chance, den BürgerInnen zu zeigen, dass wir uns der regionalen Geschichte bewusst sind. Viele Bürgerinnen in ST haben nie verinnerlicht, dass es keine Wiedervereinigung sondern ein Anschluss war und dies	Keine Berücksichtigung	Die CDU richtet ihre Politik an den Herausforderungen der Gegenwart und den Chancen der Zukunft aus. Eine Begründung aktueller Vorhaben mit Verweisen auf Erfahrungen aus der DDR wird unserem Verständnis von Freiheit, sozialer Marktwirtschaft und demokratischer Erneuerung nicht gerecht.

			<p>nicht nur juristisch. Nur dann wird klar, warum manches „Gute“ nicht übernommen wurde. Gerade der ESP/TZ und PA Unterricht waren eher „unpolitisch“, denn auch im ESP Unterricht ging es schwerpunktmäßig um Produktionsabläufe und Kostenrechnungen.</p> <p>Zeile 695 Wenn die Schulklassen genannt werden, folgt der Genitiv als Spezifizierung für welche Schulen es zutrifft. Deshalb „der“ statt den.</p>		
<p><b>Antragsteller: Regionalverband Bad Schmiedeberg, Kreisverband Wittenberg</b></p> <p><b>Zeilen 695-697 ändern in:</b></p> <p>4+1-Modell einführen: In den Klassenstufen 7 bis 9 den neuen Oberschulen und Gesamtschulen sowie an geeigneten Förderschulen wollen wir einen optionalen wöchentlichen Praxislerntag oder digital gestützten Lerntag einführen.</p>	46.	<p>4+1-Modell flächendeckend einführen: In den Klassenstufen 7 bis 9 den neuen Oberschulen und Gesamtschulen sowie an geeigneten Förderschulen wollen wir einen verbindlichen wöchentlichen Praxislerntag oder digital gestützten Lerntag einführen.</p>	<p>Eine flächendeckende verbindlich Einführung des 4+1-Modells ist unrealistisch. Besonders in ländlichen Regionen gibt es nicht genügend Praxislernplätze, kommen zusätzliche Fahrtkosten auf den Schulträger zu und es entsteht eine Konkurrenz um die Praktikumsplätze mit den Schülerbetriebspraktika in Klasse 8/9. Des Weiteren wird durch die Kürzung des Unterrichts um einen Tag pro Woche, der mögliche Übergang von der Oberschule zum Gymnasium fast unmöglich. Daher wäre es wünschenswert, dieses Modell als optionale Variante den Schulen anzubieten aber nicht aufzuzwingen. Somit würde auch die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Konzept lebt von Verbindlichkeit, konkrete Ausgestaltung obliegt der Schule.</p>

<p><b>Antragsteller: Junge Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 700 – 701 ändern in:</b></p> <p>Strukturierte Eigenlernphasen sollen schrittweise in allen Schulformen etabliert werden, um Selbstorganisation und eigenverantwortliches Lernen systematisch zu fördern.</p>	47.	Ziel ist es, Selbstorganisation, Eigenverantwortung und eigenständiges Lernen systematisch zu fördern.	Eigenverantwortliches Lernen ist eine Schlüsselkompetenz für Ausbildung, Studium und Arbeitswelt. Strukturierte Eigenlernphasen fördern Selbstorganisation, Verantwortungsbewusstsein und nachhaltige Lernprozesse. Gleichzeitig ermöglichen sie eine stärkere individuelle Förderung leistungsstarker sowie leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler. Die Ergänzung verdeutlicht, dass Eigenlernen systematisch und schulformübergreifend verankert werden soll.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 719 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Inklusion realistisch gestalten mit Qualität und Augenmaß:</b> Wir bekennen uns zur inklusiven Bildung als Ausdruck von Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen bestmöglich gefördert werden - in gemeinsamen Unterricht ebenso wie in spezialisierten Förderangeboten. Dabei gilt: Inklusion darf nicht zulasten der Bildungsqualität gehen. Die Voraussetzungen dafür werden durch uns verbessert: ausreichend qualifiziertes Personal, geeignete Rahmenbedingungen und individuelle Unterstützung. Wir setzen auf Wahlfreiheit für Eltern sowie auf ein vielfältiges Angebot aus Regel- und Förderschulen, um</p>	48.		Inklusion sollte im Programm thematisiert werden.	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Zeile 743 nachfolgend ergänzen:</p> <p>Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für inklusive Bildung und sichern Wahlfreiheit sowie passgenaue Förderangebote für jedes Kind.</p>	<p>Inklusion gelingt nur mit passgenauen Bildungsangeboten für unterschiedliche Bedarfe. Dazu gehört ausdrücklich der Erhalt und die Weiterentwicklung der Förderschulen als wichtiger Bestandteil einer vielfältigen Bildungslandschaft.</p>

<p>jedem Kind den passenden Bildungsweg zu ermöglichen.</p>					
<p><b>Antragsteller: Junge Union Sachsen-Anhalt</b>  <b>Zeile 750 – 752 ändern in:</b></p> <p>Die Schulsozialarbeit soll in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe möglichst erhalten werden. Sie muss sich an klaren Zielen orientieren und regelmäßig evaluiert werden. Der Einsatz zusätzlicher Ressourcen soll sich prioritär an Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf ausrichten. Die Entscheidung über den konkreten Einsatz von Schulsozialarbeitern wird vollständig in die Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte gelegt.</p>	<p>49.</p>	<p>Sozialarbeit an Schulen mit besonderen Herausforderungen soll in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe möglichst erhalten werden.</p>	<p>Schulsozialarbeit muss sich stärker an konkreten Herausforderungen und messbaren Zielen orientieren. Trotz steigender personeller Ressourcen bleiben Schulabbrüche und Schulverweigerung weiterhin ein erhebliches Problem. Deshalb braucht es eine regelmäßige Evaluierung sowie eine stärkere Konzentration auf Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Die Landkreise und kreisfreien Städte kennen die örtlichen Herausforderungen am besten und sollen daher eigenverantwortlich über den konkreten Einsatz von Schulsozialarbeit entscheiden können.</p>	<p>Annahme</p>	
<p><b>Antragsteller: Regionalverband Bad Schmiedeberg, Kreisverband Wittenberg</b></p> <p><b>Zeilen 750-754 ändern in:</b></p> <p><b>Unterstützung für Schülerinnen und Schüler gewährleisten:</b> Sozialarbeit an Schulen mit besonderen Herausforderungen muss erhalten werden. Wir sichern zudem die schulpsychologische Versorgung der Schulen, um flächendeckende Beratung und Betreuung von betroffenen Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten.</p>	<p>50.</p>	<p><b>Unterstützung für Schülerinnen und Schüler gewährleisten:</b> Sozialarbeit an Schulen mit besonderen Herausforderungen soll in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe möglichst erhalten werden. Wir sichern zudem die schulpsychologische Versorgung der Schulen, um flächendeckende Beratung und Betreuung von betroffenen Schülerinnen</p>	<p>Mit den Worten „soll“ und „möglichst“ denkt jeder, dass wir es nicht ernst meinen!  Durch die Streichung von „in Zusammenarbeit mit...“ wollen wir die maximale Trägervielfalt sichern.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Finanzierung der Schulsozialarbeit erfolgt zu 60% über EU-Förderung. Die aktuelle Förderperiode endet 2028. Bei einem Wegfallen wäre die flächendeckende Aufrechterhaltung durch Land und Kommunen kaum tragbar.</p>

		und Schülern zu gewährleisten.			
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Burgenlandkreis</b></p> <p><b>Zeile 754 nachfolgend ergänzen:</b> Wir werden das zivilgesellschaftliche Engagement (z.B. Lese- und Lernpaten) zur Stärkung von Schülerinnen und Schülern dauerhaft an den Schulen integrieren.</p>	51.	Unterstützung für Schülerinnen und Schüler gewährleisten: Sozialarbeit an Schulen mit besonderen Herausforderungen soll in Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe möglichst erhalten werden. Wir sichern zudem die schulpsychologische Versorgung der Schulen, um flächendeckende Beratung und Betreuung von betroffenen Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten.	1. Lese- und Lernpaten können im Rahmen des „flexiblen Personalbudgets“ finanziell niederschwellig aber hocheffektiv den Schulerfolg bereits in der Grundschule fördern, wenn nicht gar sichern. 2. Über zivilgesellschaftliches Engagement kann die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Schule und Bildung nachhaltig gestärkt werden.	Keine Berücksichtigung	Zivilgesellschaftliches Engagement basiert auf Freiwilligkeit und kann daher nicht flächendeckend an Schulen integriert werden. Im Rahmen Ihrer Selbstverwaltung und der Möglichkeit zur Kooperation mit außerschulischen Bildungspartnern, ist dies eine individuelle Entscheidung der Schule.
<p><b>Antragsteller: Regionalverband Bad Schmiedeberg, Kreisverband Wittenberg</b></p> <p><b>Zeilen 759-764 ändern in:</b>  Oberschulen sind Schulen der Praxis – deshalb muss jede Oberschule in ihrem Schulkonzept verbindlich ein Berufsorientierungsprogramm verankern und konsequent verfolgen. So verbessern wir den Übergang von der Schule in die Ausbildung, erhöhen die Passgenauigkeit bei der Berufswahl und stärken zugleich die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen und Kammern.</p>	52.	An den Oberschulen soll der wöchentliche Praxislerntag Chancen für die Schülerinnen und Schüler eröffnen, die Berufswelt zu erfahren und sich frühzeitig zu orientieren. Alle Oberschulen sollen ein zertifiziertes Berufsorientierungsprogramm verfolgen, denn sie sind die Schulen der Praxis. Mit einem effektiven Monitoring verbessern wir die Übergänge in die Ausbildung und fördern Kooperationen zwischen	In der veränderten Fassung ist die Berufsorientierung nicht nur als Idee, sondern als verbindlichen Auftrag festgeschrieben. Jede Oberschule muss sie im Schulkonzept verankern und konsequent umsetzen. Das sorgt für mehr Verlässlichkeit. Zertifikate und Monitoring gibt es schon genug. Diese helfen keinem Schüler weiter. Zudem brauchen wir keinen zusätzlichen Papierkrieg. Der Praxislerntag ist an anderer Stelle ja schon erklärt und wäre hier eine Dopplung.	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung weitgehender, Antrag versucht erneut den verbindlichen Praxislerntag zu entfernen und durch schuleigene Konzepte zur Berufsorientierung zu ersetzen.

		Schulen, Unternehmen und Kammern.			
<p><b>Antragsteller: Junge Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 762 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Praktika in Handwerk und in sozialen Einrichtungen sollen verbindlicher Bestandteil der Berufsorientierung werden.</p>	53.	An den Oberschulen soll der wöchentliche Praxislerntag Chancen für die Schülerinnen und Schüler eröffnen, die Berufswelt zu erfahren und sich frühzeitig zu orientieren. Alle Oberschulen sollen ein zertifiziertes Berufsorientierungsprogramm verfolgen, denn sie sind die Schulen der Praxis.	Praxisnahe Berufsorientierung ist entscheidend, um frühzeitig berufliche Perspektiven aufzuzeigen und Fachkräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Insbesondere Handwerk und soziale Berufe leiden unter Nachwuchsmangel, obwohl sie für Gesellschaft und Wirtschaft unverzichtbar sind. Verbindlichere Praktika schaffen frühzeitig Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder, stärken die Ausbildungsreife und verbessern die Verzahnung zwischen Schule und Arbeitswelt.	Annahme in geänderter Fassung:	Praktika, zum Beispiel in Handwerk und in sozialen Einrichtungen, sollen verbindlicher Bestandteil der Berufsorientierung werden.
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 764-770 ändern in:</b></p> <p>Ziel soll es sein, junge Menschen schneller, aber qualitativ hochwertig in Beschäftigung zu bringen und gleichzeitig die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Der positiven Darstellung von unternehmerischem Denken und Handeln kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, beispielsweise im Pflichtfach Wirtschaft am Gymnasium.</p> <p><b>Standorte der der Beruflichen Bildung stärken:</b> Gut erreichbare und gut ausgestattete Berufsbildenden Schulen sind für</p>	54.	Ziel soll es sein, junge Menschen schneller, aber qualitativ hochwertig in Beschäftigung zu bringen und gleichzeitig die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Die Berufsbildenden Schulen sind für uns unverzichtbar und werden in ihrer Struktur erhalten. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung soll politisch und gesellschaftlich klar betont werden.		Annahme	

<p>uns unverzichtbar und werden in ihrer Struktur erhalten. Verlässliche Beförderung- und Unterbringungsstrukturen sowie eine bedarfsgerechte Entlastung von Auszubildenden tragen zur Stärkung der Beruflichen Bildung insbesondere in den ländlichen Regionen bei. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung soll politisch und gesellschaftlich klar betont werden, etwa durch eine Verankerung in der Landesverfassung.</p>					
<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 823 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Die politische Bildung in Sachsen-Anhalt gezielt stärken und neu ausrichten:</b> Angesichts wachsender Herausforderungen für unser demokratisches System braucht politische Bildung mehr Klarheit, mehr Fokus und eine stärkere Präsenz im Alltag der Menschen. Dabei setzen wir auf sachliche Information statt Belehrung, damit politische Bildung als verlässliche Orientierung wahrgenommen wird. Wir stärken die Vermittlung von grundlegendem Wissen über Staat, Gesellschaft und politische Prozesse durch unabhängige und gut erreichbare Angebote. Wir wollen, beginnend in der Grundschule, auch außerpolitische Partner einbinden und das Wissen über unser demokratisches Gemeinwissen altersangemessen vermitteln. Wir unterstützen heimatkundliche Projekte, die sich mit einer entdeckenden und lebendigen</p>	<p>55.</p>	<p><b>Die politische Bildung in Sachsen-Anhalt gezielt stärken und neu ausrichten:</b> Angesichts wachsender Herausforderungen für unser demokratisches System braucht politische Bildung mehr Klarheit, mehr Fokus und eine stärkere Präsenz im Alltag der Menschen. Dabei setzen wir auf sachliche Information statt Belehrung, damit politische Bildung als verlässliche Orientierung wahrgenommen wird. Wir stärken die Vermittlung von grundlegendem Wissen über Staat, Gesellschaft und politische Prozesse durch unabhängige und gut erreichbare Angebote. Die Landeszentrale für politische Bildung ist dabei für uns zentraler Partner.</p>	<p>Es hat sich gezeigt, dass die Grundschüler bei einer kindgerechten Vermittlung erlernen und spielerisch erfahren, wie wichtig Deeskalation in Konfliktsituationen ist, wie ein friedliches Miteinander auch über kulturelle Unterschiede gestaltet werden kann und wie sie sich an der richtigen Stelle in angemessener Weise für ihnen wichtige Belange einsetzen können.</p>	<p>Annahme</p>	

<p>Gestaltung sehr gut in die Lernprozesse einer Grundschule integriert haben. Die Landeszentrale für politische Bildung ist dabei für uns zentraler Partner. Wir entwickeln Sie gezielt weiter, damit ihre Angebote noch mehr Menschen erreichen und zur aktiven Mitwirkung ermutigen.</p>		<p>Wir entwickeln Sie gezielt weiter, damit ihre Angebote noch mehr Menschen erreichen und zur aktiven Mitwirkung ermutigen.</p>			
<p><b>Gute Gesundheit und Pflege überall</b></p>					
<p><b>Antragsteller: EAK Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Ab Zeile 849 folgende Zeilen ergänzen:</b></p> <p><b>Verlässlicher Partner für unsere Schulen in freier Trägerschaft bleiben:</b>          Freie Schulen sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer vielfältigen Bildungslandschaft. Sie ergänzen das staatliche Schulwesen sinnvoll und eröffnen zusätzliche pädagogische Profile sowie innovative Lernkonzepte. Als CDU bekennen wir uns zur Bedeutung von Schulen in freier Trägerschaft – in der Kinder- und Jugendbildung ebenso wie in der Erwachsenenbildung.</p>	56.		<p>Die CDU hat immer das freie Schulwesen unterstützt und gefördert.</p> <p>Ein Abschnitt zu den wichtigen Schulen in freier Trägerschaft fehlte bisher im Regierungsprogramm. Dieses wird nunmehr nachgeholt.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 854 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>- Pflege bezahlbar machen und pflegende Angehörige stärken</p>	57.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Krankenhäuser zu starken Knotenpunkten entwickeln</li> <li>- Förderprogramme für Praxisgründungen und -übernahmen</li> </ul>	Zur Pflege bisher kein Anstrich.	Annahme in geänderter Fassung:  - Pflege bezahlbar halten und pflegende Angehörige stärken	Formulierung analog zum bisherigen Text.

		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Flächendeckender Einsatz des Telenotarztes</li> <li>- Gemeindenotfallsanitäter</li> <li>- Digitale Systeme und Drohnen zur Lageerkundung und Versorgung</li> </ul>			
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Anhalt-Bitterfeld</b></p> <p><b>Zeilen 856-857 ändern in:</b></p> <p>Die Menschen werden älter, die medizinischen Möglichkeiten digitaler und vernetzter und der demografische Wandel stellt insbesondere unsere ländlichen Räume vor neue Herausforderungen.</p>	58.	Die Menschen werden älter, Lebensentwürfe vielfältiger, medizinische Möglichkeiten digitaler und vernetzter.	Die Formulierung „vielfältige Lebensentwürfe“ ist ein grünes Gesellschaftsnarrativ, das keinen inhaltlichen Mehrwert für die gesundheitspolitische Analyse bietet und den konservativen Markenkern verwässert. Die CDU muss sich hier auf die echten strukturellen Herausforderungen fokussieren: Demografie und die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Gesundheit und Pflege“</b></p> <p><b>Zeilen 891-893 ändern in:</b></p> <p>Krankenhäuser mit klaren Profilen, die eng mit ambulanten Strukturen zusammenarbeiten und als starke Knotenpunkte und Spezialisierung in regionalen Versorgungsnetzwerken verankert sind.</p>	59.	Krankenhäuser mit klaren Profilen, die eng mit ambulanten Strukturen zusammenarbeiten und als starke Knotenpunkte in regionalen Versorgungsnetzwerken verankert sind.		Annahme	

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Eilsleben, Kreisverband Börde</b></p> <p><b>In Zeile 894 streichen</b>  „Pflege für Betroffene bezahlbar halten, ...“</p>	60.	<p><b>Pflege für Betroffene bezahlbar halten</b>, während pflegende Angehörige auf verlässliche Unterstützung, Beratung und Entlastung zählen können.</p>	<p>Die Formulierung vermittelt den Eindruck, die Pflegekosten könnten durch Landespolitik dauerhaft „bezahlbar gehalten“ werden. Tatsächlich sind bereits heute viele pflegebedürftige Menschen auf ergänzende Sozialhilfeleistungen angewiesen. Die wesentlichen finanziellen Rahmenbedingungen der Pflege werden zudem auf Bundesebene geregelt. Die Formulierung weckt daher Erwartungen, die landespolitisch nur eingeschränkt beeinflussbar sind und sollte deshalb entfallen.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Bezahlbare Pflege ist ein Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Über den Bundesrat kann sich die Landesregierung für das Thema einsetzen. Ab Zeile 961 wird erklärend ausgeführt: Auf Bundesebene setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein, mit gedeckelten Eigenanteilen, fairer Finanzierung und Schutz des selbstgenutzten Wohneigentums.</p>
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Anhalt-Bitterfeld</b></p> <p><b>Zeilen 924-925 ändern in:</b></p> <p>Die Trägervielfalt bleibt erhalten – öffentlich-rechtliche, frei-gemeinnützige und privatwirtschaftliche Häuser sind gleichberechtigte und tragende Säulen unserer Versorgung.</p>	61.	<p>Die Trägervielfalt bleibt erhalten – öffentlich-rechtliche und frei-gemeinnützige Häuser sind tragende Säulen unserer Versorgung.</p>	<p>Die bewusste Auslassung privater Krankenhausträger im vorliegenden Entwurf bedient ein linkes, staatsgläubiges Narrativ, das privatwirtschaftliche Investitionen im Gesundheitswesen diffamiert. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft bekennt sich die CDU klar zur privaten Initiative, die unverzichtbar für Investitionen, Effizienz und Innovation in unserer Krankenhauslandschaft ist.</p>	Annahme	

<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Gesundheit und Pflege“</p> <p><b>Zeile 931 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir sprechen uns klar für ein zukunftsfähiges Primärversorgungsmodell aus.</p>	62.	<p><b>Sektorengrenzen überwinden – Versorgung vernetzen:</b> Wir beenden das Denken in starren Sektoren. Integrierte Versorgungszentren, sektorenübergreifende Planung und länderübergreifende Kooperationen sorgen bis 2030 für effizientere Abläufe, bessere Qualität und kürzere Wege für Patientinnen und Patienten. Komplexe Leistungen bündeln wir gezielt, um Expertise und Ressourcen optimal zu nutzen.</p>		Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Kreisverband Anhalt-Bitterfeld</p> <p><b>Zeilen 935-937 ändern in:</b></p> <p>Unser Ziel ist es, alle offene KV-Stellen als deutliches Zeichen für die verlässliche Daseinsvorsorge zu besetzen. Die inhabergeführte Praxis als Ausprägung des freien ärztlichen Berufes bleibt unser Leitbild. Gleichermaßen fördern wir kommunale, genossenschaftliche sowie privatwirtschaftliche Trägermodelle, da sie die flächendeckende Versorgung verlässlich stärken.</p>	63.	<p>(Medizinische Versorgungszentren und Gesundheitscampus-Modelle, in denen Hausärzte, Fachärzte, Pflege, Therapie und soziale Dienste zusammenarbeiten, werden zum Rückgrat der Versorgung.)</p> <p>Kommunale, genossenschaftliche und privat-gemeinnützige Trägermodelle fördern wir gleichermaßen.</p>	<p>Für eine gute medizinische Versorgung ist die Besetzung der offenen KV-Stellen essentiell. Die alleinige Nennung von "privat-gemeinnützig" grenzt privatwirtschaftliche Investoren aus und kopiert die aktuelle Regulierungswut der SPD auf Bundesebene.</p> <p>Zudem muss in einem CDU-Programm zwingend klargestellt werden, dass nicht das (staatlich gelenkte) MVZ, sondern der freiberufliche, eigenverantwortliche Arzt das primäre ordnungspolitische Fundament der ambulanten Versorgung ist.</p>	Keine Berücksichtigung	Abschnitt bezieht sich explizit auf Versorgungszentren, diese schließen reguläre KV-Stellen nicht aus, dennoch haben diese hier keinen inhaltlichen Bezug.

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 935 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Die bestehende Landarztquote soll überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt werden. Gleichzeitig sollen Bewerberinnen und Bewerber mit Bezug zu Sachsen-Anhalt im Auswahlverfahren für Human- und Zahnmedizin stärker berücksichtigt werden.</p>	64.		<p>Viele ländliche Regionen leiden unter einem zunehmenden Mangel an Haus- und Zahnärzten. Eine stärkere Berücksichtigung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Bezug zu Sachsen-Anhalt kann dazu beitragen, mehr medizinische Fachkräfte langfristig im Land zu halten.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Gesundheit und Pflege“</b></p> <p><b>Zeilen 953-957 ändern in:</b></p> <p><b>Pflege neu aufstellen:</b> Pflege im Jahr 2030 ist vielfältig, wohnortnah und digital unterstützt. Wir setzen auf einen starken Mix aus professioneller Pflege, Alltagsunterstützung, Tagesangeboten und betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen. Pflegefachkräfte erhalten mehr Kompetenzen und Verantwortung. Die Kompetenzen von Pflegefachkräften müssen sinnvoller genutzt werden, um die pflegerische Versorgung zu stabilisieren und die Versorgungsqualität nachhaltig zu verbessern.</p>	65.	<p><b>Pflege neu aufstellen:</b> Pflege im Jahr 2030 ist vielfältig, wohnortnah und digital unterstützt. Wir setzen auf einen starken Mix aus professioneller Pflege, Alltagsunterstützung, Tagesangeboten und betreuten Wohnformen. Pflegefachkräfte erhalten mehr Kompetenzen und Verantwortung. Digitale Assistenzsysteme länger ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause.</p>		Annahme	
<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 938 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Medizinische Versorgung im ländlichen Raum durch Medi-Bus verbessern:</b> Zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in</p>	66.		<p>Der Medi-Bus war ein in Hessen äußerst erfolgreiches Projekt, das in den strukturschwachen Regionen Nordhessens insbesondere für ältere Menschen ein wichtiges Angebot war. Ein ähnliches Angebot könnte in Sachsen-Anhalt eine hervorragende Ergänzung zu</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Medizinische Versorgung im ländlichen Raum durch Medi-Bus verbessern:</b> Zur Verbesserung der</p>	

<p>ländlichen Regionen streben wir die Einführung eines sogenannten Medi-Bus an. Als rollende Praxis hat der Medi-Bus einen Arzt und eine Medizinische Fachangestellte (MFA) an Bord sowie alles an Ausstattung, was eine Hausarztpraxis benötigt. Ziel ist es, ihn mit einem festen Fahrplan durch Regionen Sachsen-Anhalts fahren zu lassen, die besonders unter Ärztemangel leiden. Es ließe sich auch eine fachärztliche Ausstattung des Medi-Bus (z.B. Augenarzt, Hautarzt) denken.</p>			<p>anderen Elementen der Gesundheitsversorgung sein.</p>	<p>ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen streben wir die Einführung eines sogenannten Medi-Busses an. Als rollende Praxis hat der Medi-Bus einen Arzt und eine Medizinische Fachangestellte (MFA) an Bord sowie alles an Ausstattung, was eine Hausarztpraxis benötigt. Ziel ist es, ihn mit einem festen Fahrplan durch Regionen Sachsen-Anhalts fahren zu lassen, die besonders unter Ärztemangel leiden. Bei erfolgreicher Erprobung ist eine fachärztliche Ausstattung des Medi-Busses (z.B. Augenarzt, Hautarzt) möglich.</p>	
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 933 bis 937 ändern in:</b></p> <p>Medizinische Versorgungszentren, die als weiterentwickelte und modernisierte „Polikliniken“ gesehen werden können, und Gesundheitscampus-Modelle, in denen Hausärzte, Fachärzte, Pflege, Therapie und</p>	<p>67.</p>	<p>Medizinische Versorgungszentren und Gesundheitscampus-Modelle, in denen Hausärzte, Fachärzte, Pflege, Therapie und soziale Dienste zusammenarbeiten, werden zum Rückgrat der Versorgung. Kommunale, genossenschaftliche und privat-</p>	<p>Viele Bürger in Sachsen-Anhalt vermissen die Wertschätzung und Fortführung guter, in der DDR umgesetzter Ideen in der Nachwendzeit, ohne „ostaligisch“ zu sein! Viele Bürgerinnen in ST haben nie verinnerlicht, dass es keine Wiedervereinigung, sondern ein Anschluss war und dies nicht nur juristisch. Hier ist die Chance, den</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Die CDU richtet ihre Politik an den Herausforderungen der Gegenwart und den Chancen der Zukunft aus. Eine Begründung aktueller Vorhaben mit Verweisen auf Erfahrungen aus der DDR wird unserem Verständnis von Freiheit, sozialer Marktwirtschaft und</p>

<p>soziale Dienste zusammenarbeiten, werden zum Rückgrat der Versorgung. Kommunale, genossenschaftliche und privat-gemeinnützige Trägermodelle fördern wir gleichermaßen.</p>		<p>gemeinnützige Trägermodelle fördern wir gleichermaßen.</p>	<p>BürgerInnen zu zeigen, dass wir uns der regionalen Geschichte bewusst sind.</p>		<p>demokratischer Erneuerung nicht gerecht.</p>
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Eilsleben, Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 957 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Im Rahmen der 4+1-Initiative sollen freiwillige Kooperationen zwischen Schulen, Pflegeeinrichtungen und Pflegeschulen unterstützt werden, um Schülerinnen und Schülern frühzeitig Einblicke in soziale und pflegerische Berufe zu ermöglichen.</p>	<p>68.</p>		<p>Die 4+1-Initiative bietet die Chance, Berufsorientierung und Praxisbezug an Schulen weiter auszubauen. Freiwillige Kooperationen mit Pflegeeinrichtungen ermöglichen Schülerinnen und Schülern frühzeitig Einblicke in soziale und pflegerische Berufe und stärken zugleich soziale Kompetenzen sowie gesellschaftliche Verantwortung. Der Antrag setzt bewusst auf Kooperation und Freiwilligkeit statt auf zusätzliche verpflichtende Vorgaben.</p>	<p>Annahme</p>	
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Eilsleben, Kreisverband Börde</b></p> <p><b>In Zeile 959 streichen</b></p> <p>„... Pflege bezahlbar halten ...“</p>	<p>69.</p>	<p><b>Angehörige entlasten und Pflege bezahlbar halten:</b> Pflegende Angehörige sind das Rückgrat der Pflege. Wir stärken Beratungsangebote, Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie flexible Entlastungsmodelle. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein, mit gedeckelten Eigenanteilen, fairer Finanzierung und</p>	<p>Die Formulierung vermittelt den Eindruck, die Pflegekosten könnten durch Landespolitik dauerhaft „bezahlbar gehalten“ werden. Tatsächlich sind bereits heute viele pflegebedürftige Menschen auf ergänzende Sozialhilfeleistungen angewiesen. Die wesentlichen finanziellen Rahmenbedingungen der Pflege werden zudem auf Bundesebene geregelt. Die Formulierung weckt daher Erwartungen, die landespolitisch nur</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Bezahlbare Pflege ist ein Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Über den Bundesrat kann sich die Landesregierung für das Thema einsetzen. Ab Zeile 961 wird erklärend ausgeführt: Auf Bundesebene setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung ein, mit gedeckelten Eigenanteilen, fairer Finanzierung und Schutz des selbstgenutzten Wohneigentums.</p>

		Schutz des selbstgenutzten Wohneigentums.	eingeschränkt beeinflussbar sind und sollte deshalb entfallen.		
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Eilsleben, CDU Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 963 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Ferner setzen wir uns auf Bundesebene für eine Vereinfachung der Regelungen des § 43c SGB XI ein, um Pflegeeinrichtungen von unnötigem Verwaltungsaufwand zu entlasten und eine rechtssichere, einheitliche Abrechnung der Leistungszuschläge sicherzustellen.</p>	70.		Die derzeitige Berechnung der Leistungszuschläge nach § 43c SGB XI führt in der Praxis zu erheblichem bürokratischem Aufwand und wiederkehrenden Rundungsdifferenzen zwischen Pflegeeinrichtungen, Abrechnungssoftware und Kostenträgern. Eine Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen würde Verwaltungsaufwand reduzieren, die Digitalisierung erleichtern und zu mehr Rechtssicherheit sowie Transparenz beitragen. Pflegeeinrichtungen sollen sich stärker auf die Versorgung der Menschen konzentrieren können statt auf unnötige bürokratische Detailfragen.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 969 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Die Interoperabilität zwischen den Dokumentationssystemen ist kostenneutral zu gewährleisten.</p>	71.	Bis 2030 schaffen wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur in Praxen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Bürokratie wird abgebaut, Daten sicher und sinnvoll genutzt.	Schnittstellen, welche den Datenaustausch zwischen Dokumentationssystemen und deren Subsystemen ermöglichen, zählen zu den größten Kostentreibern im Bereich der Digitalisierung des Gesundheitswesens.	Keine Berücksichtigung	Zu unverständlich für ein Wahlprogramm. Auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen wird an anderen Stellen des Programms mehrfach eingegangen.

## Soziale Gerechtigkeit und Familie

<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeilen 1015-1017 ändern in:</b></p> <p>In einer Zeit gesellschaftlicher Herausforderungen und demografischer Umbrüche wollen wir als CDU Sachsen-Anhalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Basis unseres christlich-abendländischen Wertefundaments sichern. Wir sorgen dafür, dass unser Land ein Ort bleibt...</p>	72.	<p>In einer Zeit vielfältiger individueller Lebensentwürfe, gesellschaftlicher Umbrüche und demografischer Herausforderungen wollen wir als CDU Sachsen-Anhalt dafür sorgen, dass unser Land ein Ort bleibt...</p>	<p>Der Begriff „vielfältige individuelle Lebensentwürfe“ ist ein linkes Modewort.</p> <p>Die CDU sollte Krisenzeiten nicht mit soziologischen Floskeln begegnen, sondern ihr eigenes, starkes Wertefundament als Anker für gesellschaftliche Stabilität in den Vordergrund rücken.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>In einer Zeit individueller Lebensentwürfe, gesellschaftlicher Umbrüche und demografischer Herausforderungen wollen wir als CDU Sachsen-Anhalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf Basis unseres christlich-abendländischen Wertefundaments sichern. Wir sorgen dafür, dass unser Land ein Ort bleibt...</p>	
<p><b>Antragsteller:</b> CDA Sachsen-Anhalt</p> <p><b>Zeile 1035 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Rahmenbedingungen.</p>	73.	<p><b>Ein starkes Miteinander der Generationen, auf die Chancen einer solidarischen Gesellschaft setzen und auf eine Sozialpolitik, die gezielt dort hilft, wo Unterstützung gebraucht wird.</b> Soziale Verantwortung bedeutet für uns, Freiheit mit Verlässlichkeit zu verbinden, Chancen zu eröffnen und Leistung wie</p>	<p>Vereinbarkeit stärkt Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Stabilität.</p>	<p>Annahme</p>	

		Bedürftigkeit gleichermaßen im Blick zu behalten.			
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 1098 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir setzen uns für eine Grunderwerbsteuerfreiheit beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums im ländlichen Raum für Ehegatten und Lebenspartner bis zum 40. Lebensjahr ein.</p>	74.		Der Erwerb von Wohneigentum wird für junge Familien zunehmend schwieriger. Die Grunderwerbsteuer stellt insbesondere beim erstmaligen Immobilienerwerb eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Die vorgeschlagene Regelung stärkt Eigentumsbildung, Eigenverantwortung und private Altersvorsorge. Darüber hinaus muss insbesondere der ländliche Raum gestärkt.	Annahme in geänderter Fassung:  Zeile 2439 nachfolgend ergänzen:  Wir setzen uns für eine Grunderwerbsteuerbefreiung beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums im ländlichen Raum ein. So wollen wir insbesondere jungen Familien den Schritt in die eigenen vier Wände erleichtern.	Schließt Alleinerziehende, unverheiratete Paare und Einzelpersonen aus.
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1104 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Darüber hinaus werden wir jegliche Art von vorhandener Altersdiskriminierung entgegentreten. Dazu gehören u. a. Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, altersfreundliche Arbeitsmodelle, klare Regelungen gegen Diskriminierung im Berufsalltag und im täglichen Leben. Auch im digitalen Bereich muss der Zugang für Seniorinnen und Senioren durch</p>	75.	<b>Die Belange älterer Menschen in den Mittelpunkt rücken:</b> Mehr als ein Drittel der Menschen in Sachsen-Anhalt ist älter als 60 Jahre. Ihre Lebensleistung verdient Respekt– ihre Erfahrung ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir wollen Orte der Begegnung wie Mehrgenerationenhäuser oder Seniorentreffs stärken, Vereinsamung entgegenwirken und alternative Wohnformen fördern. Gemeinsam mit den	Altersdiskriminierung ist in vielen Bereichen immer noch Realität – sei es im Berufsleben, in der medizinischen Versorgung oder im gesellschaftlichen Alltag (Beispiele: Kreditvergabe oder Versicherungsbeiträge). Die heutige Generation der über 60-jährigen ist mehrheitlich körperlich und geistig besser aufgestellt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Überdies stellt eine berufliche Tätigkeit gerade für viele ältere Beschäftigte mehr als	Annahme	

<p>benutzerfreundliche und altersgerechte Angebote verbessert werden. Auch analoge Kontaktmöglichkeiten müssen weiterhin vorgehalten werden. Wir wollen ein Deutschland, in dem alle Generationen gleichberechtigt und respektvoll zusammenleben.</p>		<p>Kommunen wollen wir die Seniorenmitwirkung stärken und Generationen verbindende Projekte vorantreiben.</p>	<p>Arbeit im eigentlichen Sinn dar. Vielmehr sind für diese Generation der soziale Kontakt, das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Stolz, eigene Kenntnisse und Fertigkeiten der nachfolgenden Generation weiterzugeben. Es müssen Konzepte entwickelt werden, die dieser veränderten Situation Rechnung tragen.</p> <p>Allerdings muss bei einer Tätigkeit den sich teilweise durch das Alter bedingten unterschiedlichen Belastungsgrenzen Rechnung getragen werden. Arbeitsbeginn und Arbeitsende, Arbeitsrhythmen, Arbeitsabläufe sowie der Arbeitsumfang an sich und auch der Arbeitsplatz selbst sind entsprechend anzupassen. Es muss beispielsweise möglich sein, die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren oder bei Berufen, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind, rechtzeitig eine z.B. staatlich geförderte Umschulung zu einer leichteren Arbeit zu gewähren. Eine Beschäftigung nach der Umschulung muss gesichert sein.</p> <p>Eine angemessene berufliche Tätigkeit beugt besonders im Alter der Entwicklung psychischer und physischer Erkrankungen vor.</p>		
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Mansfeld-Südharz</b></p>	<p>76.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass hauptamtliche Stellen für kommunale</p>	<p>Die Umsetzung des wichtigen Anliegens soll die Kommunen nicht zu zusätzlichen Stellen</p>	<p>Annahme</p>	

<p><b>Zeilen 1114-1116 ändern in:</b></p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass Stellen für kommunale Behindertenbeauftragte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten geschaffen werden.</p>		<p>Behindertenbeauftragte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten verpflichtend geschaffen werden.</p>	<p>verpflichten. Vielmehr soll es möglich bleiben, dass vorhandenes Personal oder Ehrenamtliche die Aufgabe erfüllen können.</p>		
<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 1119-1130 ändern in:</b></p> <p><b>Für Chancengleichheit von Frauen und Männern sorgen:</b> In vielen Bereichen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Wir wollen das ändern durch gezielte Förderung, besonders auch in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen, und durch Unterstützung auf dem Weg in Führungspositionen. Wir wollen zudem die Sichtbarkeit von Vorbildern verbessern.</p> <p>Wir setzen uns dort, wo noch Lohnungleichheiten bestehen, für gleiche Bezahlung und darüber hinaus für gleiche berufliche Aufstiegschancen und faire Verteilung familiärer Sorgearbeit ein. Daher unterstützen wir Männer, die Verantwortung in Erziehung oder Pflege übernehmen.</p> <p>Wir bekämpfen jede Form von Gewalt gegen Frauen mit aller Entschlossenheit! Die Umsetzung der Istanbul-Konvention bleibt für uns eine zentrale Verpflichtung auf Landesebene, insbesondere in den Bereichen Prävention, Schutz und Beratung.</p>	<p>77.</p>	<p><b>Für Chancengleichheit von Frauen und Männern sorgen</b></p> <p>In vielen Bereichen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Wir wollen das ändern und die Sichtbarkeit von Vorbildern verbessern, durch gezielte Förderung im Naturwissenschaftlich-Technischen-Bereich und Unterstützung auf dem Weg in Führungspositionen. Wir setzen uns dort, wo noch Lohnungleichheiten bestehen, für gleiche Bezahlung ein und bekämpfen jede Form von Gewalt gegen Frauen mit aller Entschlossenheit. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention bleibt für uns eine zentrale Verpflichtung auf Landesebene, insbesondere im Bereich Prävention, Schutz und Beratung. Gleichzeitig unterstützen wir Männer,</p>	<p>Der Absatz ist in seiner ursprünglichen Fassung an mehreren Stellen nicht konsistent. Der vorgelegte Vorschlag schafft eine textliche Stimmigkeit mit minimaler inhaltlicher Ergänzung.</p>	<p>Annahme</p>	

<p>Wir wenden uns gegen ein Genderverständnis, das die Gleichwertigkeit der Geschlechter durch Sprachregelungen auszudrücken versucht. Wir erleben dies als eine Symbolpolitik, die in der Sache nicht hilft und keine Akzeptanz in der Mehrheit der Bevölkerung hat.</p> <p>Die Förderung der Frauenschutzhäuser und des Landesfrauenrats wollen wir weiterentwickeln.</p>		<p>die Verantwortung in Erziehung oder Pflege übernehmen, und wenden uns gegen ein Genderverständnis, das die Gleichwertigkeit der Geschlechter durch Sprachregelungen ersetzt. Wir erleben dies als eine Symbolpolitik, die in der Sache nicht hilft und keine Akzeptanz in der Mehrheit der Bevölkerung hat. Die Förderung des Landesfrauenrates und der Frauenschutzhäuser wollen wir weiterentwickeln.</p>			
<p><b>Die innovativste Landwirtschaft in Europa</b></p>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 1340 ändern in:</b></p> <p>Eine innovative und zukunftsorientierte Landwirtschaft</p>	<p>78.</p>	<p>Die innovativste Landwirtschaft in Europa</p>	<p>Die Wählerinnen und Wähler könnten fragen, ob wir größenwahnsinnig sind. Warum müssen wir die Besten in Europa sein wollen, obwohl es sehr unwahrscheinlich ist, dass wir es sind oder werden. Ein oberes Mittelfeld ist eine bemerkenswerte Leistung und glaubwürdiger.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Die bisherige Formulierung wurde bewusst klar, ambitioniert und politisch zugespitzt gewählt.</p>

<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</b></p> <p><b>Zeilen 1358-1359 ändern in:</b></p> <p>Wir stehen fest an der Seite unserer land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen, die mehr gesellschaftliche Wertschätzung verdienen und der Bevölkerung im ländlichen Raum.</p>	79.	Wir stehen fest an der Seite unserer land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen und weiterer Akteure im ländlichen Raum.		Annahme	
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</b></p> <p><b>Zeilen 1367-1370 ändern in:</b></p> <p><b>Die innovativste Landwirtschaft Deutschlands:</b> Mit dem Einsatz von moderner Technologie und KI-gestütztem Steuern das Bewirtschaften von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben noch effizienter und günstiger machen. Wir werden unsere führende Stellung beim Einsatz moderner Technologien weiter ausbauen und wollen dafür die Akteure im ländlichen Raum mit den in den Landesbehörden vorhandenen Daten unterstützen.</p>	80.	<b>Die innovativste Landwirtschaft Deutschlands:</b> Mit dem Einsatz von moderner Technologie und KI-gestütztem Steuern das Bewirtschaften von Ackerflächen noch effizienter und günstiger machen. Wir werden unsere führende Stellung beim Einsatz moderner Technologie weiter ausbauen.		Annahme	

<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</p> <p><b>Zeilen 1378-1380</b></p> <p><b>Eigentum schützen, ländlichen Raum stärken:</b> Vorrang für Landwirtschaft, Betriebe sichern und regionale Produktion gezielt unterstützen. „Grüne Berufe“ attraktiver machen.</p>	81.	<p><b>Eigentum schützen, ländlichen Raum stärken:</b> Bodenmarkt stabilisieren, Vorrang für Landwirtschaft, Betriebe sichern und regionale Produktion gezielt unterstützen. „Grüne Berufe“ attraktiver machen.</p>		Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</p> <p><b>1389-1390 streichen</b></p>	82.	<p>Beim Bodenmarkt setzen wir auf das Eigentum und wollen den örtlichen Eigentümer stärken.</p>		Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeile 1391 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Die Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Nutzflächen für andere Ziele (Versiegelung, Industrieflächen auf der „grünen“ Wiese, Zersiedelung, Ausgleichsmaßnahmen usw.) muss insbesondere bei Böden mit hoher Bonität minimiert werden.</p>	83.		<p>Wegen verschiedener kriegerischer Auseinandersetzungen ist es global zur Verknappung und infolge der Energiekostenexplosion zur Verteuerung von Nahrungs- und Futtermitteln gekommen. Weltweit drohen insbesondere in den ärmsten Ländern Hungersnöte. Unter diesen Umständen ist es nicht moralisch zu rechtfertigen, dass Deutschland als ein Land mit vorzüglicher naturräumlicher Ausstattung täglich ca. 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche zweckentfremdet, oftmals Ackerflächen nur eingeschränkt nutzt und durch Drosselung der Eigenproduktion (Extensivierung) sogar ein Nettoimporteur an diversen</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p><b>Landwirtschaftliche Nutzflächen wirksam schützen:</b> Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für andere Zwecke – etwa Versiegelung, Industrieansiedlungen auf der „grünen Wiese“, Zersiedelung oder Ausgleichsmaßnahmen – wollen wir deutlich begrenzen. Insbesondere Böden mit hoher Bonität</p>	<p>Sprachlich runder, greift den Duktus des Programms auf.</p>

			Nahrungs- und Futtermitteln ist, statt Solidarität mit den Notleidenden zu zeigen. Es ist zwingend notwendig, die Produktionskapazitäten zu steigern und nachhaltig zu gewährleisten, zumal die landwirtschaftlichen Nutzflächen auch für die Gewinnung von Bioenergie und Rohstoffen im Rahmen der Energiewende benötigt werden.	sind als Grundlage für eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft vorrangig zu sichern.	
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 1466 bis 1467 ändern in:</b></p> <p>Wir setzen auf eine gezielte Förderung und praktische Anwendung der neuen Züchtungsmethoden (Genom – Editing), um die Schaffung von an den Klimawandel angepasster Sorten zu beschleunigen. Dies schließt die weitere Unterstützung entsprechender Vorlauforschungen, insbesondere im IPK Gatersleben, ein.</p>	84.	Wir setzen auf eine Forschung, die auch den Einsatz von Neuen genomischen Techniken umfasst. Das IPK in Gatersleben soll dazu weiter gefördert werden.	Die Ernährungssicherung der wachsenden Weltbevölkerung und die Anpassung an die Erderwärmung erfordern die Züchtung trocken- und dürretoleranter, nährstoffeffizienter, krankheits- und schädlingsresistenter Pflanzensorten. Mit dem sog. Genom - Editing (z. B. CRISPR/Cas) können derartige Züchtungen wesentlich beschleunigt werden, da sie definierte und punktgenaue interne Gen - Umlagerungen ermöglichen. Solche „neue genomische Techniken“ (NGT) sind durch die in Deutschland bzw. der EU geltenden Zulassungsverfahren sehr erschwert, die sich vorrangig an der Zuchtmethode und nicht (wie in vielen anderen Staaten) an deren Resultat orientieren. Trotz exzellenter Grundlagenforschung in der Biotechnologie verlieren Deutschland und die EU deshalb	Annahme	

			zunehmend den Anschluss an die globale Forschung, Entwicklung und Investitionstätigkeit auf diesem Gebiet. Wissenschaftliche Akademien fordern seit Jahren produktbezogene Zulassungsverfahren. Eine Reform des deutschen und EU-Gentechnikrechts ist erforderlich, um die Forschung und Anwendung von NGT außerhalb der GVO - Regulierung zu regeln.		
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</b></p> <p><b>1473-1474 ändern in:</b></p> <p>Hauptaufgabe unserer landwirtschaftlichen Flächen bleibt die landwirtschaftliche Nutzung.</p>	85.	Der Ausbau regenerativer Energien muss im Einklang mit den Anforderungen an unsere landwirtschaftlichen Nutzflächen stehen.		Annahme	
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 1482 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Dokumentationspflicht überprüfen:</b> Wir wollen die Dokumentationspflicht überprüfen und auf das Notwendigste reduzieren.</p>	86.		Der Nachweis für den Einsatz von Antibiotika in der Tiermedizin bei nicht Lebensmittel liefernden Tieren trägt nicht zur Ausbildung von Resistenzen bei. Es muss bei diesen Tieren beim Einsatz von Antibiotika ein Resistenztest gemacht werden. Das ist ausreichend.	Annahme in geänderter Fassung:  <b>Dokumentationspflichten auf das Notwendigste reduzieren:</b> Wir wollen bestehende Dokumentationspflichten überprüfen und dort abbauen, wo sie keinen zusätzlichen Nutzen für Tiergesundheit oder	Sprachlich runder.

				Verbraucherschutz schaffen.	
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</p> <p><b>1501-1502 streichen</b></p>	87.	Durch Vereinfachung werden wir Sektionsbedenken fachgerecht ausgestalten.		Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</p> <p><b>1523-1524 streichen</b></p>	88.	Wir konnten in dem Bereich auf EU-Ebene Schlimmeres verhindern.		Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz“</p> <p><b>1529-1535 ändern in:</b></p> <p><b>Wiederherstellungs-Verordnung der EU zurückweisen:</b> Wir sprechen uns dafür aus, die Wiederherstellungsverordnung vollständig aufzuheben, um unter Einbeziehung aller relevanten Akteure ein neues, praxistaugliches und vor allem faires und finanziell unterlegtes Regelwerk zum Erhalt und der Anpassung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an die Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln. Zusätzliche Unterschutzstellung von heute land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen lehnen wir ab.</p>	89.	<p><b>Wiederherstellungs-Verordnung und Bodenschutz-Richtlinie der EU ablehnen:</b> Die Wiederherstellungs-VO muss aufgehoben werden. Wir setzen auf kooperative Modelle für mehr Natur- und Umweltschutz in der Landwirtschaft. Diese haben z.B. durch Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen ihren Erfolg gezeigt. Das geplante Bürokratiemonster der Bodenschutzrichtlinie lehnen wir ab. Zusätzliche Unterschutzstellung von heute land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen lehnen wir ab.</p>		Annahme	

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Mitte Magdeburg</b></p> <p><b>Zeilen 1529-1535 ändern in:</b></p> <p>Wiederherstellungs-Verordnung und Bodenschutz-Richtlinie der EU pragmatisch umsetzen:</p> <p>Wir unterstützen unsere heimischen Betriebe bei der zukunftsfähigen Bewirtschaftung ihrer Flächen. Die konkrete Umsetzung beider EU-Vorgaben erfordert unbürokratische Maßnahmen, die in enger Kooperation mit unseren Landwirten vor Ort ergriffen werden.</p>	<p>90.</p>	<p><b>Wiederherstellungs-Verordnung und Bodenschutz-Richtlinie der EU ablehnen:</b> Die Wiederherstellungs-VO muss aufgehoben werden. Wir setzen auf kooperative Modelle für mehr Natur- und Umweltschutz in der Landwirtschaft. Diese haben z.B. durch Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen ihren Erfolg gezeigt. Das geplante Bürokratiemonster der Bodenschutzrichtlinie lehnen wir ab. Zusätzliche Unterschutzstellung von heute land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen lehnen wir ab.</p>	<p>Eine Aufhebung der 2024 beschlossenen EU-Wiederherstellungs-VO und der 2025 beschlossenen EU-Bodenschutzrichtlinie ist unrealistisch. Laut VO ist der Entwurf der nationalen Wiederherstellungsstrategie der EU-Kommission bis zum 01.09.26 vorzulegen. Eine Blockade auf Landesebene würde verunsichern, für Stillstand sorgen und letztlich unseren politischen Gegnern nützen. Zudem steht die Ablehnung beider EU-Vorgaben im Widerspruch zu Eckpunkten des Abschnitts „Die Natur- Unsere Heimat“ im Entwurf des Regierungsprogramms.</p> <p>Die Anforderungen beider EU-Vorgaben sollten als Chance begriffen werden. Maßnahmen zu deren Umsetzung dienen der langfristigen Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Sie können die Land- und Forstwirtschaft bei der Verwirklichung zukunftsfähiger/klimaresilienter Bewirtschaftungsmethoden unterstützen.</p> <p>Grundsätzlich soll es auch weiterhin möglich sein, dass land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen unter Schutz gestellt werden können.</p>	<p>Erledigt durch die Annahme des vorhergehenden Antrages</p>	
--	------------	--	---	---	--

<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 1529-1535 streichen</b></p>	<p>91.</p>	<p><b>Wiederherstellungs-Verordnung und Bodenschutz-Richtlinie der EU ablehnen:</b> Die Wiederherstellungs-VO muss aufgehoben werden. Wir setzen auf kooperative Modelle für mehr Natur- und Umweltschutz in der Landwirtschaft. Diese haben z.B. durch Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen ihren Erfolg gezeigt. Das geplante Bürokratiemonster der Bodenschutzrichtlinie lehnen wir ab. Zusätzliche Unterschutzstellung von heute land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen lehnen wir ab.</p>	<p>Die zusätzliche Unterschutzstellung von heute land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen kann aus Naturschutzgründen sinnvoll sein. Es kommt auf den Einzelfall an.</p>	<p>Erledigt durch die Annahme des vorhergehenden Antrages</p>	
<p><b>Energie – sicher und bezahlbar</b></p>					
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1588 ändern in:</b></p> <p>Wasserstofftechnologie für die Industrie fördern</p>	<p>92.</p>	<p>Dekarbonisierter Wasserstoff für die Industrie</p>	<p>Der Begriff „dekarbonisierter Wasserstoff“ ist sachlich unrichtig. Wasserstoff kann nicht dekarbonisiert werden, da er weder Kohlenstoff enthält noch bei seiner Herstellung (strombetriebene Aufspaltung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff = Elektrolyse) Kohlenstoff entsteht. Ziel ist es, die Industrie (Stahl, Chemie) ohne CO<sub>2</sub> -Emission zu</p>	<p>Annahme</p>	

			erzeugen (also zu dekarbonisieren).		
<p><b>Antragsteller: MIT Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 1592-1595 ändern in:</b></p> <p>Wir sind die Kraft für eine bezahlbare, verlässliche und nachhaltige Energiepolitik. Wir handeln ideologiefrei und übernehmen Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere heimische Wirtschaft. So schaffen wir die Basis für wirtschaftliche Entwicklung und Planungssicherheit, ohne die Menschen und Unternehmen im Land weiter zu belasten.</p>	93.	Wir werden Energiepolitik ideologiefrei und mit Augenmaß betreiben. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz müssen in einem verantwortbaren Verhältnis zueinander stehen. Sachsen-Anhalt braucht eine Energiepolitik, die wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, Planungssicherheit schafft und Bürger genauso wie Unternehmen nicht überfordert.	Die Neufassung formuliert unseren Führungsanspruch deutlich aktiver („Wir sind die Kraft“) und rückt Bürger und heimische Wirtschaft anstelle abstrakter Begriffe in den Fokus. Das Versprechen, „nicht weiter zu belasten“, erkennt die aktuelle Realität zudem besser an als das bloße Vermeiden von „Überforderung“. Vor allem aber bildet dieses pragmatische Leitbild nun die perfekte, logische Klammer für unsere folgenden konkreten Forderungen – vom wasserstofffähigen Kraftwerk bis zum flächenschonenden Solarausbau.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1603 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Nutzung heimischen Erdgases unter Einbeziehung des so genannten Schiefergases, des Frackings und der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Verklappung auszuweiten.</p>	94.	<b>Die Versorgung mit verlässlicher Energie sicherstellen:</b> Vor dem Rückbau grundlastfähiger Kraftwerke braucht es konkrete Lösungen bei Speichern, Netzen und Ersatzkraftwerken. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit haben für uns oberste Priorität – das ist die Grundlage für attraktive Standorte und sichere Arbeitsplätze. Dabei muss die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung im Sinne einer	Die Nutzung unserer eigenen Gasvorräte würde die Resilienz unserer Energieversorgung deutlich verbessern. In Norddeutschland (einschließlich des nördlichen Sachsen – Anhalts) liegen bis zu 2,8 Billionen m <sup>3</sup> erschließbares Erdgas. Aktuell fördert Deutschland ca. 5,2 Mrd m <sup>3</sup> Erdgas nach konventionellen Methoden und deckt damit ca. 5 % des Bedarfes. Dessen Anteil ließe sich in wenigen Wochen auf ca. 10 – 15 % erhöhen (Prof. Amro, Institut für Bohrtechnik und Fluidbergbau, Bergakademie Freiberg). Noch	Keine Berücksichtigung	Die bisherige Formulierung einer Unabhängigkeit unserer Energieversorgung ist weitgehender. Einengung der Art und Weise der Energieversorgung, durch ein öffentlich kritisch diskutiertes Verfahren.

		<p>Energieresilienzstrategie als Standortfaktor mitgedacht werden.</p>	<p>günstiger ist die Situation bei unkonventionellen Methoden. Gemäß einer Untersuchung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gibt es davon Vorräte bis zu 2.340 Mrd. m<sup>3</sup>. Hinzu kämen noch die Gasvorräte aus Kohleflözen, von denen bis 450 Mrd. m<sup>3</sup> förderbar sind. Diese Mengen würden ausreichen, um die russischen Lieferungen für mehrere Jahrzehnte zu ersetzen. Die Förderung könnte mit relativ geringen Kosten innerhalb von 6 - 12 Monaten beginnen und schnell gesteigert werden (Amro). Natürlich müsste dafür das in Deutschland geltende faktische Fracking-Verbot aufgehoben werden. Die Gegenargumente hinsichtlich der Umweltschädlichkeit des Frackings sind nicht stichhaltig, weil a) in Deutschland seit 1960 ca. 320 Fracking – Maßnahmen ohne Umwelt- bzw. Trinkwasserschädigungen durchgeführt wurden, b) das gashaltige Gestein sich in 1000 Meter Tiefe befindet, also weit unter den Grundwasservorkommen, die in Deutschland bei 50-200 Meter Tiefe liegen, und c) das importierte Flüssiggas aus den USA ebenfalls mit Hilfe des Frackings gefördert wird und sein Transport sehr teuer und umweltschädlich ist.</p>		
--	--	--	---	--	--

			Hierzu liegt dem Bundestag ein positiver Bericht der sog. „Frackingskommission“(2021) vor, der aber dort noch nicht behandelt wurde. Auch hier würde die CO2 – Abscheidung emissionsmindernd wirken.		
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1609 nachfolgend ergänzen</b></p> <p><b>Auf Bundesebene dafür werben, die Forschungen auf den Gebieten der Kernspaltung, Kernfusion und Entsorgung nicht aufzugeben,</b> eine Neubewertung der Kernenergie vorzunehmen und an der internationalen Entwicklung der Kernkraftwerke mitzuarbeiten, die den „Atommüll“ aus Zwischenlagern als Brennstoff über unser Jahrhundert hinaus verwerten und Endlager weitgehend entlasten könnte.</p>	95.		Da KKW kein CO2 emittieren, hätte ihr Weiterbetrieb einen Beitrag sowohl zur Dekarbonisierung als auch sicheren Energieversorgung leisten können. Diese Chance ist entgegen den Empfehlungen des Weltklimarats, der EU, des „Rates der Wirtschaftsweisen“ und auch des CDU - Bundesparteitags durch die Ampelregierung leichtfertig vertan worden. Dadurch erhöhte sich das Angebotsdefizit beträchtlich und muss durch Gaskraft- und Kohlekraftwerke ausgeglichen werden, was zur Emissionszunahme 60 Mio t CO2 führte. Ein adäquater Ersatz durch „Erneuerbare“ ist nicht ohne weiteres möglich. Wir brauchen eine Neubewertung der Kernenergie und Neubau von KKW der 4. Generation, die über Transmutation „Atommüll“ aus Zwischenlagern als Brennstoff über unser Jahrhundert hinaus verwerten und damit Endlager weitgehend entlasten könnten. Dazu muss der wissenschaftliche Vorlauf gesichert werden. Der Text des Änderungsantrags folgt im Wesentlichen dem Text in	Keine Berücksichtigung	Einengung der Art und Weise der Energieversorgung, durch ein öffentlich kritisch diskutiertes Verfahren.

			unserem Grundsatzprogramm (vgl. dort Seite 16).		
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 1645-1647 ändern in:</b></p> <p>Wir lehnen die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald ab.</p>	96.	Wir stehen dem Errichten von Windenergieanlagen im Wald aufgrund seiner Multifunktionalität kritisch gegenüber.	Deutlichere Formulierung, die auch alten Beschlüssen der CDU LSA entspricht.	Keine Berücksichtigung	Die Ursprungsformulierung trägt der Rechtslage besser Rechnung.
<p><b>Antragsteller: Gemeindeverband Sülzetal, Gemeindeverband Wanzleben</b></p> <p><b>Zeile 1649 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Windräder auf Abstand halten:</b> Für neue Windenergieanlagen und beim sogenannten Repowering bestehender Anlagen werden wir einen Mindestabstand von 2000 Metern zur Wohnbebauung gesetzlich verankern.</p>	97.		Die landesrechtlichen Mindestanforderungen an Abstandsflächen von Windenergieanlagen sind unzureichend. Die Erweiterung von Mindestabständen auf der Grundlage des Immissionsschutzrechts sowie der kommunalen Bauleitplanung bietet für die Bürger keine allgemeine Rechtsklarheit und entspricht allenfalls Mindestanforderungen. Die Erhöhung von Windenergieanlagen an bestehenden Standorten im Rahmen des sogenannten Repowering verschärft Konflikte mit der Bevölkerung zusätzlich. Sachsen-Anhalt hat mit insgesamt 5.786 MW bereits einen Spitzenplatz bei der installierten Leistung von Windenergieanlagen <sup>1</sup> . Insofern ist eine weitere Belästigung der Bevölkerung durch Lärm und Schlag Schatten von Windrädern nicht	Keine Berücksichtigung	Thema soll in der Hoheit regionaler Planungsgemeinschaften bleiben. Flächenbeitragswerte des Bundes in 2027 sind zu berücksichtigen.

			erforderlich. Der Ausbau der Windkraft muss maßvoll und vor allem akzeptabel für die Betroffenen erfolgen.		
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1655 nachfolgend wie folgt ergänzen:</b></p> <p>Die stoffliche Nutzung der Braunkohle wird von uns weiterhin gefördert.</p>	98.	<p><b>Am Kohlekompromiss festhalten:</b> Der vereinbarte Kohleausstieg bis 2038 ist ein politisch und rechtlich verabredeter Konsens. Daran halten wir fest. Wir schulden den betroffenen Regionen und auch Unternehmen Verlässlichkeit und wollen die entsprechenden Fördermittel zielgerichtet einsetzen, um den betroffenen Gebieten neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.</p>	Kohle wird als Ausgangspunkt chemischer Stoffsynthesen weiterhin notwendig sein, da nachwachsende Rohstoffe dafür wegen der Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion nicht ausreichen. Der Ergänzungsvorschlag nach Zeile 165 wurde wörtlich aus unserem Grundsatzprogramm (vgl. dort Seite 17) entnommen.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: MIT Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 1674-1680 ändern in:</b></p> <p><b>Industrielle Wasserstoffwirtschaft und Energiesicherheit:</b></p> <p>Grüner und dekarbonisierter Wasserstoff ist für die Industrie von morgen unverzichtbar. Um diesen Übergang verlässlich zu gestalten und die Energiesicherheit in Sachsen-Anhalt jederzeit zu gewährleisten, treiben wir den Bau eines zukunftsfähigen Erdgas- und Wasserstoffkraftwerks voran. Parallel dazu setzen wir auf eigene Erzeugungskapazitäten, Forschung und</p>	99.	<p><b>Industrielle Wasserstoffwirtschaft ermöglichen:</b> Grüner und dekarbonisierter Wasserstoff ist für die Industrie von morgen unverzichtbar. Wir setzen auf eigene Erzeugungskapazitäten, Forschung und eine Wasserstoff-Verbundregion Mitteldeutschland. So sichern wir Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Der Anschluss unserer Industrie-/Chemieparke an das nationale Netz ist unerlässlich, um</p>	Die Ergänzung um das zukunftsfähige Erdgas- und Wasserstoffkraftwerk schließt eine entscheidende Lücke im bisherigen Text: die Gewährleistung der dauerhaften Versorgungssicherheit. Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und die Transformation der Industrie können nur gelingen, wenn in der Übergangszeit jederzeit ausreichend grundlastfähige Energie zur Verfügung steht. Ein solches „H2-ready“-Kraftwerk bildet genau diese Brücke: Es sichert den Industriestandort Sachsen-Anhalt kurz- und mittelfristig	Annahme	

<p>die Stärkung der Wasserstoff-Verbundregion Mittel-deutschland. Der zügige Anschluss unserer Industrie- und Chemie-parks an das nationale Wasserstoffnetz ist dabei unerlässlich. So verbinden wir industrielle Entwicklung, Standortvorteile und Arbeitssicherung erfolgreich mit unseren Klimazielen.</p>		<p>industrielle Entwicklung, Standortvorteile, Arbeitssicherung und -schaffung sowie die Klimaziele miteinander zu verbinden.</p>	<p>verlässlich ab und fügt sich langfristig als Kernbaustein nahtlos in die geplante dekarbonisierte Wasserstoff-Verbundregion ein.</p>		
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeile 1674 ändern in:</b></p> <p>Grüner Wasserstoff ist für die Industrie von morgen unverzichtbar.</p>	<p>100.</p>	<p>Grüner und dekarbonisierter Wasserstoff ist für die Industrie von morgen unverzichtbar.</p>		<p>Annahme</p>	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Altmarkkreis Salzwedel</b></p> <p><b>Zeilen 1694 - 1699 ändern in:</b></p> <p>Wir stehen für den Erhalt und den weiteren Ausbau flexibel einsetzbarer Biogas- und Biomethananlagen als systemrelevanten Bestandteil der Energiewende. Deshalb setzen wir uns für verlässliche Rahmenbedingungen ein, die eine bedarfsgerechte und regelbare Bioenergieerzeugung ermöglichen und die Nutzung der Speicher- und Transportinfrastruktur des Gasnetzes unterstützen. Die Einspeisung von aufbereitetem Biomethan in das bestehende Erdgasnetz soll gezielt erleichtert und ausgeweitet werden. Hierzu gehören Anpassungen im EEG ebenso wie im gasmarktbezogenen Rechtsrahmen sowie die</p>	<p>101.</p>	<p>Wir stehen für den Erhalt und den weiteren Ausbau von grundlastfähigen Biogas-/Biomethananlagen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen Bioenergieerzeugung ermöglichen, damit u. a. die Speicherfähigkeit von Biomethananlagen genutzt werden kann (EEG-Anpassung). Wo dies möglich ist, soll auch eine Einspeisung in das vorhandene Erdgasnetz angestrebt werden.</p>	<p>Die bislang vorgesehene Fokussierung auf eine reine EEG-Anpassung greift für Biomethan zu kurz, da sie dessen Rolle primär strombezogen betrachtet. Biomethan ist jedoch ein sektorenübergreifender Energieträger, dessen Hochlauf maßgeblich von gasmarktlichen Rahmenbedingungen sowie europäischen Vorgaben abhängt. Für Investitionssicherheit und eine systemdienliche Nutzung sind daher neben dem EEG insbesondere das EnWG, das Gebäude modernisierungsgesetz und die RED III mitzudenken. Eine ganzheitliche Betrachtung stärkt Planungssicherheit, Resilienz des Energiesystems und die strategische Bedeutung des Gasnetzes.</p>	<p>Annahme</p>	

<p>konsequente Umsetzung europäischer Vorgaben.</p>					
<p><b>Antragsteller: MIT Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeilen 1701-1713 ändern in:</b></p> <p><b>Photovoltaik intelligent und flächenschonend ausbauen:</b> Wir schöpfen das Potenzial der Solarenergie konsequent aus, ohne wertvolle landwirtschaftliche Flächen zu opfern. Deshalb schaffen wir Anreize für Photovoltaik und Solarthermie bei Neubauten und Dachsanierungen und bauen bürokratische Hürden bei Betrieb und Stromvermarktung ab. Das Land geht dabei als Vorbild voran und nutzt eigene Dächer, Fassaden sowie innovative Lösungen wie PV-Zäune. Bei Freiflächenanlagen steuern wir den Ausbau nachhaltig: Hochwertige Ackerböden bleiben der Ernährungssicherung vorbehalten. Wir fokussieren uns stattdessen auf Brach- und Konversionsflächen, ertragschwache Böden sowie die kluge Doppelnutzung durch Agri-PV.</p>	<p>102.</p>	<p><b>Dächer und Fassaden für Photovoltaik nutzen:</b> Wir wollen Anreize schaffen, dass bei Neubauten und grundlegenden Dachsanierungen Photovoltaik oder Solarthermie genutzt werden. Der Betrieb und die Vermarktung des produzierten Stroms sollen Unbürokratischer erfolgen. Das Land soll bei PV-Dachanlagen Vorreiter werden und auch beispielhaft aufzeigen, dass das Anbringen von Photovoltaik an Fassaden oder sogar der Ersatz von Zäunen und Mauern durch PV-Installationen infolge inzwischen gesunkener Modulpreise tatsächlich wirtschaftliche Optionen des Klimaschutzes sein können.</p> <p>• Freiflächen-PV nachhaltig steuern: Wir sehen Freiflächen-PV auf hochwertigen Böden kritisch. Stattdessen sollen möglichst Brach- und Konversionsflächen sowie Flächen mit geringer landwirtschaftlicher Ertragskraft für PV in</p>	<p>Die Zusammenlegung der beiden bisherigen Spiegelstriche strafft den Text erheblich und vermeidet redaktionelle Längen sowie inhaltliche Dopplungen. Thematisch gehören der Ausbau der Gebäude-PV und die Steuerung der Freiflächen-PV untrennbar zusammen: Genau weil wir die Potenziale auf Dächern, an Fassaden und auf versiegelten Flächen konsequent und unbürokratisch nutzen wollen, können wir es uns leisten, wertvolle landwirtschaftliche Böden effektiv zu schützen. Die Neufassung verbindet diese Aspekte zu einer klaren Leitlinie und bringt unsere Kernbotschaft – einen intelligenten und flächenschonenden Solarausbau – kompakt und lesefreundlich auf den Punkt.</p>	<p>Annahme</p>	

		Anspruch genommen werden. Auch eine Kombination der landwirtschaftlichen Nutzung mit Photovoltaik (Agri-PV) stellt einen vernünftigen Kompromiss zwischen Ernährung und Energieproduktion dar.			
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Anhalt-Bitterfeld</b></p> <p><b>Zeilen 1701-1704 ändern in:</b></p> <p>Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Bauherren und lehnen jegliche Form der Solarpflicht bei Neubauten und Dachsanierungen konsequent ab. Wirtschaftlich sinnvolle Investitionen in Photovoltaik oder Solarthermie müssen durch einen unbürokratischen Rahmen beim Betrieb und bei der Vermarktung des produzierten Stroms gefördert werden.</p>	103.	Wir wollen Anreize schaffen, dass bei Neubauten und grundlegenden Dachsanierungen Photovoltaik oder Solarthermie genutzt werden. Der Betrieb und die Vermarktung des produzierten Stroms sollen unbürokratischer erfolgen.	<p>Das "Schaffen von Anreizen" wird von der politischen Linken oft als Trojanisches Pferd genutzt, um mittelfristig Zwänge oder Quoten bei Baugenehmigungen einzuführen.</p> <p>Der Standpunkt der CDU sollte es sein, bürokratische Hürden abzubauen – wenn sich PV-Anlagen rechnen, werden mündige Bürger diese Investition freiwillig und ohne staatliche "Anreiz"-Pädagogik tätigen.</p>	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung offener und zeitgemäßer.

### Frühkindliche Bildung – Für einen gelungenen Start

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Anhalt-Bitterfeld</b></p> <p><b>Zeilen 1784-1787 ändern in:</b></p> <p>Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zu unserer Gesellschaft, die Grundvoraussetzung für schulischen Erfolg und das Fundament erfolgreicher Integration. Wir fordern und fördern Sprachkompetenz von Anfang an. Dazu führen wir eine verbindliche Sprachstandsfeststellung im vierten Lebensjahr für alle Kinder ein.</p>	104.	<p>Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir fördern Sprachkompetenz von Anfang an, unabhängig vom Elternhaus. Dazu soll es eine verbindliche Sprachstandsfeststellung im vierten Lebensjahr bei allen Kindern geben.</p>	<p>Die Formulierung "unabhängig vom Elternhaus" atmet den Geist einer staatlichen Bevormundung und spricht Eltern aus der Verantwortung frei.</p> <p>Als CDU pochen wir auf das Prinzip des Förderns und Forderns. Insbesondere bei der Integration von Migranten müssen die Eltern in die Pflicht genommen werden, anstatt dem Staat die alleinige Reparaturaufgabe zu übertragen.</p>	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung allgemeingültiger. Sprachdefizite betreffen nicht nur Zugezogene.
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Finne, Kreisverband Burgenlandkreis</b></p> <p><b>Die Zeilen 1789/1790 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Das letzte Kita-Jahr zum Vorschuljahr ausbauen:</b> Wir werden das letzte Kita-Jahr gezielt als Vorschuljahr ausgestalten. Die Finanzierung dafür erfolgt aus dem Landeshaushalt.</p>	105.	<p><b>Das letzte Kita-Jahr zum Vorschuljahr ausbauen:</b> Wir werden das letzte Kita-Jahr gezielt als Vorschuljahr ausgestalten.</p>	<p>Die Kommunen sind finanziell nicht angemessen ausgestattet! Mit dem mit der Formulierung verfolgten Ziel ist der Ortsverband grundsätzlich einverstanden. Dies darf aber nicht finanziell zu Lasten der Kommunen gehen.</p> <p>Der bereits mit dem KiFöG angewandte Trick insbesondere den Gemeinden die abschließende Letztfinanzierungsaufgabe nach Land und Landkreises zuzuweisen und Art. 87 Abs. der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt nicht anwenden zu wollen, darf nicht dazu führen, dass dieses Ziel erneut zu Lasten der Kommunen geht.</p>	Keine Berücksichtigung	Ein finanzieller Mehraufwand ist nicht gegeben, Passage zielt auf die Anpassung des Programms „Bildung: elementar“ als pädagogisches Konzept ab. Das letzte Betreuungsjahr soll Kinder mit Bestandspersonal auf die Grundschule vorbereiten.

			<p>Bereits für den nicht durch Elternbeträge gedeckte Finanzierungsanteile der Gemeinden fallen für die bislang nicht in die Kindertagesstätte besuchende Kinder zusätzlich an. Sollte das letzte Kita-Jahr sogar kostenfrei sein sollen, betrifft das alle Kinder. Doch bereits jetzt können sich die Gemeinden kaum noch Ihre KITAs leisten. Auch das Land hat immer wieder die Qualitätsansprüche nach oben geschraubt und die Kommunen letztlich mit der Finanzierung allein gelassen. Die Eltern üben den politischen Druck nicht im Elfenbeinturm Magdeburg aus, sondern in den Gemeinden vor Ort.</p> <p>Als verlässlicher Partner der Kommunen und damit der Menschen vor Ort muss auch die CDU dazu stehen! Wir können nicht auf der einen Seite die Kommunen angemessen finanziell ausstatten wollen und dann andererseits das Geld wieder über solche Wünsche abziehen. Die Gemeinden haben mit dem Geld zuerst ihre Nöte zu lindern (z. B. den Investitionsstau abzubauen).</p> <p>Für einen verlässlichen Partner für die Kommunen und die Menschen vor Ort sein will, für den muss gelten: Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!</p>		
--	--	--	--	--	--

<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 1823 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Um Männern und Frauen bzw. alleinerziehenden Elternteilen eine Arbeit in Vollzeit zu ermöglichen, wollen wir die Kita- und Hortöffnungszeiten diesem Bedarf anpassen, indem wir flexiblere Öffnungszeiten vorhalten.</p>	106.		<p>Die Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kitas und Horten stellt nicht nur eine Entlastung für den Alltag unzähliger Familien dar, sondern ist auch eine sinnvolle und wirksame Methode zur Reduzierung des Fachkräftemangels.</p>	Keine Berücksichtigung	Anliegen ist nachvollziehbar und kann im Rahmen der Gestaltungsverantwortung vor Ort gelebt werden. Zusätzlicher Vorgaben bedarf es nicht.
<p><b>Digitalisierung. Tempo. Zukunft.</b></p>					
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Digitales“</b></p> <p><b>Zeile 1974 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Ergänzend stärken wir die digitale Resilienz durch gezielte Informations- und Bildungsangebote zur Förderung von Medien-, Datenschutz- und Cybersicherheitskompetenz in allen Altersgruppen, insbesondere auch für Menschen, die nicht digital aufgewachsen sind.</p>	107.	<p><b>Digitalisierungskompetenz stärken:</b> Wir fördern digitale Bildung in allen Bildungsbereichen und unterstützen die Arbeit in den Schulen durch digitale Lösungen. Eine zentrale Lernplattform soll nicht nur Kindern, Schülern und Erwachsenen für digitale Fort- und Weiterbildung zur Verfügung stehen, sondern kann auch altersgerecht, lernfördernde und sichere Spiele bereitstellen.</p>	<p>Die digitale Transformation stellt neue Anforderungen an die gesamte Gesellschaft. Neben grundlegender Digitalisierungskompetenz gewinnen insbesondere Medienkompetenz, Datenschutzbewusstsein und Cybersicherheitskompetenz zunehmend an Bedeutung.</p> <p>Gerade in Zeiten von Desinformation, Fake News und steigenden Cyberbedrohungen ist es entscheidend, Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, Informationen kritisch zu bewerten, ihre Daten zu schützen und digitale Risiken zu erkennen.</p> <p>Dabei darf der Fokus nicht ausschließlich auf Schule und</p>	Annahme	

			<p>Ausbildung liegen. Insbesondere Erwachsene, die nicht mit digitalen Technologien aufgewachsen sind, benötigen gezielte, niedrigschwellige Angebote zur Stärkung ihrer digitalen Fähigkeiten.</p> <p>Mit dieser Ergänzung wird der bestehende Ansatz konsequent weiterentwickelt und um zentrale Aspekte einer sicheren und souveränen digitalen Teilhabe erweitert.</p>		
<b>Staat effizient und bürgernah</b>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2000 bis 2002 ändern in:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bürgerblick statt Behördenlogik</li> <li>- Föderale Zusammenarbeit verbessern</li> <li>- Moderne Organisationsstrukturen sowie einen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung</li> <li>- Vereinfachung von Verfahren und Recht</li> <li>- Konsequente Digitalisierung und allgemeingültige Technische Infrastruktur und Standards</li> </ul>	108.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neues Tempo bei Genehmigungen</li> <li>- Abschaffung von Doppelstrukturen in der Verwaltung</li> <li>- Weniger Berichtspflichten und mehr Bürgernähe</li> </ul>	<p>Ein effizienter und bürgernaher Staat ist einfach, schnell, verständlich und erreichbar.</p> <p>Verwaltungsmodernisierung gelingt nur, wenn man Recht, Prozesse, Technik und Kultur gleichzeitig verändert – nicht nacheinander. Die Priorität ist dabei</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Bürger muss die staatliche Struktur transparent verstehen, d.h. <i>Bürgerblick statt Behördenlogik</i></li> <li>2. Die angesprochenen Doppelstrukturen und nicht erforderliche Dreistufigkeit ist in mehreren Absätzen angesprochen doch prägnanter für die</li> </ol>	Annahme	

			<p>Überschrift ist <i>Föderale Zusammenarbeit verbessern</i></p> <p>3. Der dann einzelne Verwaltungsbereich Infrastruktur, Bildung, Kultur, usw. muss für sich genommen dann moderne Strukturen mit z.B. einem</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. Abbau von Silodenken zwischen Behörden</li> <li>b. stärkeren interdisziplinären Teamgedanken</li> <li>c. Projektorientierten Arbeiten statt starrer Hierarchien,</li> <li>d. Stärkeren Verorten der Verantwortung vor Ort bzw. mehr Entscheidungsspielräume für Mitarbeiter</li> <li>e. Qualifizierung für digitale Kompetenzen</li> <li>f. Attraktive Arbeitsbedingungen zur Fachkräftegewinnung</li> <li>g. Fehlerkultur statt reiner Absicherung</li> </ul>		
--	--	--	---	--	--

			<p>schaffen. Dies gibt der Stichpunkt <i>Moderne Organisationsstrukturen sowie einen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung</i> prägnant wieder.</p> <p>4. Die Vereinfachung von Verfahren und Recht ist dann die Voraussetzung, um die veränderten Strukturen wirken zu lassen. Daher die prägnante Forderung.</p> <p>5. Die überarbeiteten und vereinfachten Verfahren bilden die Voraussetzungen für die Prozessbeschreibungen zur Digitalisierung der Prozesse und Umsetzung. Für eine einfache und breite Umsetzung in Landes- und Kommunalverwaltung muss die technische Infrastruktur und dafür geltenden Standards vereinheitlicht werden.</p> <p>Mit den 5 Stichpunkten sind die Voraussetzungen für eine effiziente und bürgernahe öffentliche Verwaltung vollumfänglich beschrieben.</p>		
--	--	--	--	--	--

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2017-2018 ändern in:</b></p> <p>Staatsmodernisierung bedeutet für uns: eine Rückbesinnung auf staatliche Kernaufgaben, die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und den Abbau von Bürokratie, um private Initiative wieder zu entfesseln. Der Staat hat dem Bürger und dem Mittelstand als effizienter Dienstleister zu dienen, nicht umgekehrt.</p>	109.	<p>Staatsmodernisierung bedeutet für uns: den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und staatliche Strukturen zukunftsfest aufzustellen.</p>	<p>Der Originaltext nutzt blutleere Management-Floskeln („Menschen in den Mittelpunkt“). Der Ersatztext verankert das CDU-Grundprinzip der Subsidiarität, betont den Vorrang von privater Eigenverantwortung vor staatlicher Lenkung und sendet ein klares, klassisch bürgerliches Signal an unsere Wählerschaft.</p>	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung prägnanter.
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2021 bis 2034 ändern in:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Einen Staat, der den Menschen dient und nicht umgekehrt:</b> bürgernah, verständlich und transparent, mit klarer Verantwortung statt anonymer Zuständigkeiten und echtem Service statt Behördenroutine, mit einfachen Zugängen und echter Bürgernähe</li> <li>- <b>Ein Ende des Zuständigkeitswirrwarrs zwischen Bund, Ländern und Kommunen:</b> klare Zuständigkeiten und echte Zusammenarbeit zwischen <b>den Behörden, keine</b> Doppelarbeit und Kompetenzgerangel. Sachsen-Anhalt braucht eine Verwaltung aus einem Guss.</li> </ul>	110.	<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Verwaltung schneller, einfacher, digitaler:</b> Weniger Papier, klare Fristen, digitale Verfahren statt Behördenmarathon.</li> <li>- <b>Planen und Bauen ohne Dauerstau:</b> Wir schalten auf Tempo. Genehmigungen beschleunigen, Verfahren straffen, Investitionen ermöglichen.</li> <li>- <b>Schlanker Staat, klare Zuständigkeiten:</b> Landesverwaltung verschlanken,</li> </ul>	Setzt auf der Begründung zur vorgeschlagenen Änderung der Zeilen 2000 2003 auf.	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung prägnanter.

<ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>starke und handlungsfähige Verwaltungen vor Ort:</b> schlanker Staat, Kommunen stärken, klare Strukturen, kurze Entscheidungswege, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Verantwortung übernehmen und gestalten können</li> <li>- <b>weniger Bürokratie und mehr Ordnung:</b> klare, praxistaugliche Regeln, ein konsequenter Abbau überflüssiger Vorschriften und mehr Vertrauen in Bürger und Unternehmen. Wir schalten auf Tempo. Genehmigungen beschleunigen, Verfahren straffen, Investitionen ermöglichen.</li> <li>- <b>eine leistungsfähige und konsequent digitale Verwaltung in Sachsen-Anhalt:</b> Barrierefreie Verwaltung, ohne Papierflut, ohne Mehrfachzuständigkeiten und ohne unnötige Wartezeiten, dafür effizient, mit klaren Fristen, digitalen Verfahren, verlässlich und jederzeit erreichbar.</li> </ul>		<p>Doppelstrukturen abbauen, Verantwortung bündeln, Kommunen stärken.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Kommunen entlasten, Service verbessern:</b> Standardisierte digitale Lösungen, weniger Aufwand, bessere Abläufe vor Ort.</li> <li>- <b>Digital für alle, nicht für wenige:</b> Barrierefreie Verwaltung, einfache Zugänge und echte Bürgernähe.</li> </ul>			
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2033-2034 ändern in:</b></p> <p><b>Digitale Verwaltung als effizienter Dienstleister:</b> Datensicherheit, nutzerfreundliche Zugänge und ein schlanker Staat durch konsequente Digitalisierung.</p>	111.	<p><b>Digital für alle, nicht für wenige:</b> Barrierefreie Verwaltung, einfache Zugänge und echte Bürgernähe.</p>	<p>Die Formulierung „nicht für wenige“ ist klassische links-sozialdemokratische Umverteilungsrhetorik, die in einem CDU-Programm nicht verwendet werden sollte.</p> <p>Der Fokus der Digitalisierung aus bürgerlicher Sicht liegt auf Effizienzgewinnen zur Kostensenkung</p>	Annahme	

			(schlanker Staat) und auf Datensicherheit.		
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2038 ergänzen:</b></p> <p><b>Verwaltung konsequent am Bürger ausrichten:</b> Wir machen die Verwaltung in Sachsen-Anhalt verständlich, erreichbar und serviceorientiert. Leistungen werden aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gedacht – digital wie vor Ort. Klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren sorgen dafür, dass Anliegen schnell, nachvollziehbar und zuverlässig bearbeitet werden. Wir schaffen verbindliche Serviceversprechen, stärken die Erreichbarkeit der Behörden und ermöglichen die Nachverfolgung von Verfahren in Echtzeit.</p>	112.	-	Der Text unter dem Motto „Wir werden:“ ist stark und konkret formuliert. Es wäre aber wichtig noch die Botschaft an den Anfang zu stellen für wen und mit welchem Nutzen die folgenden Punkte angelegt sind. Der Bürgerbezug wird damit hergestellt.	Annahme in geänderter Fassung:  Wir machen die Verwaltung in Sachsen-Anhalt verständlich, erreichbar und serviceorientiert. Leistungen werden aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger gedacht – digital wie vor Ort. Klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren sorgen dafür, dass Anliegen schnell, nachvollziehbar und zuverlässig bearbeitet werden.	Viele Behördengänge sind kommunale Angelegenheit, können diese Forderung aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung und des erhöhten Aufwandes realistisch nicht einlösen.
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2092-2094 ändern in:</b></p> <p>Digitale Zwillinge ermöglichen es, große Infrastrukturprojekte, wirtschaftliche Industrieansiedlungen, Stadtentwicklung und Klimaschutzmaßnahmen realitätsnah zu simulieren, Planungszeiten drastisch zu verkürzen und ihre ökonomischen Auswirkungen sichtbar zu machen.</p>	113.	Digitale Zwillinge ermöglichen es, Infrastrukturprojekte, Klimaschutzmaßnahmen und Stadtentwicklung realitätsnah zu simulieren und ihre Auswirkungen sichtbar zu machen.	Die CDU muss Hightech nutzen, um Industrieansiedlungen zu beschleunigen und Planungsstaus aufzulösen – das ist unser Kernversprechen an den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt.	Annahme in geänderter Fassung:  Digitale Zwillinge ermöglichen es, Infrastrukturprojekte, wirtschaftliche Industrieansiedlungen, Stadtentwicklung und Klimaschutzmaßnahmen realitätsnah zu simulieren, Planungszeiten drastisch zu verkürzen und ihre ökonomischen	

				Auswirkungen sichtbar zu machen.	
<b>Entschlossener Rechtsstaat</b>					
<p><b><u>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt</u></b></p> <p><b>Zeile 2165 ergänzen:</b></p> <p>Durch beschleunigte Verfahren soll eine unmittelbare Ahndung von Straftaten erfolgen.</p>	114.	Verfahren müssen zügig, fair und rechtsstaatlich einwandfrei geführt werden.	Die Strafe muss auf dem Fuße folgen! Nur so ist eine unmittelbare erzieherische Wirkung besonders bei Bagatelldelikten durch Jugendliche erzielen.	Annahme	
<p><b><u>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</u></b></p> <p><b>Zeile 2223 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir haben erlebt, dass die rechtzeitige Erreichbarkeit und lückenlose Hilfe gegen Häusliche Gewalt eine unmittelbare und effektive Unterstützung der Menschen in Not gewährleistet. Die ergänzende Vernetzung aller Hilfseinrichtungen wollen wir evaluieren und weiter vorantreiben.</p>	115.		Die Frauen Union Sachsen-Anhalt ist aufgrund eines Projekts zur Krisenintervention auf die Frage der Ersthilfe in Notlagen besonders aufmerksam geworden. In dem Projekt konnten Weichen gestellt werden, um durch eine engere Vernetzung der zuständigen Hilfseinrichtungen längerfristig Lebenssituationen zu verbessern. Eine wichtige Erkenntnis daraus ist, dass die rechtzeitige Erreichbarkeit von Helfern eine der größten Herausforderungen ist, um effektive Hilfe leisten zu können. Daher ist eine vielfältige Vernetzung mit im Bereich Sozialer Arbeit tätigen Organisationen, Beratungsstellen, kommunalen Einrichtungen und der Polizei ausschlaggebend.	Annahme	

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Magdeburg</b></p> <p><b>Zeile 2235 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir wollen die Demokratiebildung an unseren Schulen stärken und dabei regionale historische Identität stiften. Dazu bringen wir ein Förderprogramm für Projekte nach dem Vorbild des „Magdeburger Rechts“ auf den Weg. Grundschülerinnen und Grundschüler sollen ermutigt werden, die Grundsätze eines demokratischen Zusammenlebens altersangemessen in partizipativen Modellen im Unterricht und Schulalltag zu erleben. Damit verbinden wir lebendige Rechtsstaatlichkeit, europäische Rechtsgeschichte mit moderner Schülerdemokratie direkt vor Ort.</p>	<p>116.</p>	<p><b>Schülergremien stärken und weiter ausbauen:</b> Jugendliche reagieren häufig uneinsichtig gegenüber Vorschlägen und Sanktionen aus der Erwachsenenwelt. Wir werden daher Jugendliche stärken, die Verantwortung in Schülergremien übernehmen und im Umfeld beginnender Jugendkriminalität die Durchsetzung und Akzeptanz der Rechtsordnung bei Gleichaltrigen erklären und umsetzen.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Justiz als fester Bildungspartner der Schulen etabliert wird.</p>	<p>Das Magdeburger Recht ist eines der bedeutendsten historischen Kulturgüter unseres Raumes und prägte über Jahrhunderte die Prinzipien von Selbstverwaltung, Bürgerrechten und Willkürschutz in ganz Mittel- und Osteuropa. Diese traditionsreichen Werte lassen sich hervorragend für die moderne Demokratiebildung für unsere Jüngsten nutzen.</p> <p>Durch die Verknüpfung von lokaler Geschichte mit praktischer Partizipation (z. B. durch Schülergerichte, Schülermediation im Schöff-Modell oder echte Budgetverantwortung) wird Demokratie und Rechtsstaat für junge Menschen im Alltag anfassbar. Gleichzeitig kann das Projekt das Bewusstsein für die gemeinsamen rechtsstaatlichen Wurzeln Europas stärken. Die Schulen des Landes haben entsprechend dem Schulgesetz den Auftrag die Schüler und Schülerinnen im Ethik- und Religionsunterricht über die rechtsstaatlichen Grundsätze und die Grundlagen einer funktionierenden Demokratie zu unterrichten. Ein auf diesen Grundsätzen basierendes Projekt setzt innovative Impulse und fördert die Eigenverantwortung von Schülerinnen und Schülern nachhaltig.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Wir wollen die Demokratiebildung an unseren Schulen stärken und regionale Identität fördern. Dazu bringen wir ein Förderprogramm für Projekte nach dem Vorbild des „Magdeburger Rechts“ auf den Weg, mit dem Grundschülerinnen und Grundschüler demokratisches Zusammenleben altersgerecht im Unterricht und Schulalltag erleben.</p>	<p>Neue Formulierung prägnanter.</p>
---	-------------	--	---	--	--------------------------------------

**Bezahlbare Mobilität in Stadt und Land**

<p><b><u>Antragsteller:</u> Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2245 bis 2248 ändern in:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur</li> <li>- Deutschlandticket erhalten und das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum kundenorientiert ausbauen</li> <li>- Radverkehr stärken und Alltagsradeln fördern</li> </ul>	<p>117.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau und Modernisierung von Straßen und Schienennetz</li> <li>- Deutschlandticket erhalten</li> <li>- ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum ausbauen</li> <li>- Radverkehr stärken und Alltagsradeln fördern</li> </ul>	<p>Durch die Verwendung des Begriffes Verkehrsinfrastruktur werden alle Verkehrsträger berücksichtigt und umfassen die Forderung, dass die Straßeninfrastruktur und das Schienennetz leistungsfähig ausgebaut und modernisiert, die Wasserstraßen und Binnenhäfen in Sachsen-Anhalt als klimafreundlicher Transportweg gestärkt und der Luftverkehr als wichtigen Standortfaktor gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Im Weiteren sind dann auch alle Verkehrsträger unter dem Stichwort „Wir werden:“ aufgeführt.</p> <p>Das Deutschlandticket steht aufgrund des dafür gewählten Finanzierungsmodell im Widerspruch zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes im ländlichen Raum. Um den Widerspruch inhaltlich aufzulösen, müssen die beiden Punkte zusammengeführt werden.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Bisherige Formulierung prägnanter.</p>
--	-------------	--	---	-------------------------------	---

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2275- 2284 ändern in</b></p> <p>Wir treiben die schnellstmögliche Fertigstellung der A14 und A143, sowie der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans und des Landesstraßenbauplans, weiter entschlossen voran und setzen uns außerdem für den sechsspurigen Ausbau der A14 auf besonders stark belasteten Abschnitten ein. Die Nordverlängerung der A71 nach Bernburg, die Schließung eines Autobahnringes östlich um Magdeburg und die Verbesserung der Anbindung unserer Ober- und Mittelzentren an den Fernverkehr mit einem ICE-Anschluss für die Landeshauptstadt bleiben für uns vorrangige Ziele. Zudem setzen wir uns für die Erstellung eines landesweiten Brückensanierungsplans sowie weitere feste Elb-Querungen ein.</p>	118.	<p>Wir treiben die schnellstmögliche Fertigstellung der A14 und A143, sowie der Maßnahmen des Bundes- und Landesverkehrswegeplans, weiter entschlossen voran und setzen uns außerdem für den sechsspurigen Ausbau der A14 auf besonders stark belasteten Abschnitten ein. Die Nordverlängerung der A71 nach Bernburg, die Schließung eines Autobahnringes östlich um Magdeburg und die Verbesserung der Anbindung unserer Ober- und Mittelzentren an den Fernverkehr mit einem ICE Anschluss für die Landeshauptstadt bleiben für uns vorrangige Ziele. Zudem setzen wir uns für die Erstellung eines landesweiten Brückensanierungsplans sowie weitere feste Elb-Querungen ein.</p> <p>-</p>	<p>Der Text ist sehr gut, muss jedoch aufgrund aktuell geplanter Beschlüsse der Landesregierung begrifflich angepasst werden. Dies war zur Erstellung des Entwurfes noch nicht abzuschätzen. Der Landesverkehrswegeplan 2004 wurde durch den Landesstraßenbauplan 2040 ersetzt.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 2324 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Es sind witterungsunabhängige Aufenthaltsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Bürgerinnen und Bürgern 24/7 bereitstehen.</p>	119.	<p>Das Deutschlandticket wollen wir erhalten, allerdings müssen zukünftig vor allem die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum stärker als bisher davon profitieren können.</p>	<p>Bahnhöfe werden geschlossen. Haltestellen ab- bzw. umgebaut. Die Bürgerinnen und Bürger sind dann allen Witterungen ausgesetzt und müssen bei Zugausfall lange in der Kälte oder im Regen stehen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Wir wollen mehr witterungsunabhängige Aufenthaltsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.</p>	

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 2358 und 2359 streichen</b></p>	120.	Die ganzjährige Schiffbarkeit von Elbe, Saale und Unstrut soll durch geeignete Maßnahmen gesichert werden.	Das ist völlig unrealistisch. Sportboote können fahren und alles andere ist mit einer sinnvollen Kosten- Nutzenabschätzung sinnlos. Die Entwicklung der Wasserstände der letzten 50 Jahre zeigt dies eindeutig. Der Klimawandel wird weiterhin dazu führen, dass sich die Situation nicht verbessert. Ohne eine Vielzahl von Staustufen ist die Schiffbarkeit nicht zu gewährleisten, oder man müsste eine Kettenschiffahrt 2.0 erst einmal forschungsmäßig begleiten. Wir machen uns angreifbar an einer Stelle, wo dies nicht notwendig ist. Sollte es wirklich die Chance geben, die Schiffbarkeit zu verbessern, können wir es im nächsten Wahlprogramm als positives Ergebnis hervorheben.	Keine Berücksichtigung	Es handelt sich um Bundeswasserstraßen und alternative Transportwege. Das Ziel der CDU eines gesunden Verkehrsträgermixes soll nicht aufgegeben werden.
---	------	--	---	------------------------	---

**Wohnraumschaffen, Regionen stärken**

<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2414 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wohnraum muss verfügbar, bezahlbar und nachhaltig sein – in Stadt und Land, für Jung und Alt, insbesondere für Familien, Arbeitnehmer und Fachkräfte.</p>	121.	Wohnraum muss verfügbar, bezahlbar und nachhaltig sein – in Stadt und Land, für Jung und Alt.	Die Ergänzung konkretisiert die soziale Zielgruppe und stärkt den Bezug zu Familien und Arbeitnehmern.	Keine Berücksichtigung	Die bisherige Formulierung ist universeller. Der Änderungsvorschlag wirkt sprachlich weniger stimmig und durchbricht den bisherigen Duktus.
---	------	---	--	------------------------	---

<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2417-2419 ändern in:</b></p> <p>Deshalb wollen wir insbesondere Familien, Arbeitnehmer und Fachkräfte gezielt beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen.</p>	122.	<p>Deshalb wollen wir Familien gezielt beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen und dafür sorgen, dass die Wohneigentumsquote in Sachsen-Anhalt weiter steigt.</p>	<p>Wohneigentum stärkt Eigenverantwortung, Vermögensbildung und Fachkräftebindung.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Deshalb wollen wir den Erwerb von Wohneigentum erleichtern, insbesondere für Familien, Erwerbstätige und so die Wohneigentumsquote in Sachsen-Anhalt weiter steigern.</p>	
<p><b>Antragsteller: CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2439 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir wollen zusätzlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass insbesondere Familien und Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen wieder stärker Wohneigentum bilden können.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- kostengünstiges Bauen zu erleichtern</li> <li>- Flächenpotenziale zu aktivieren</li> <li>- Genehmigungsverfahren zu beschleunigen</li> <li>- Förderinstrumente stärker auf Familien auszurichten</li> <li>- innovative Bauformen zu unterstützen</li> </ul>	123.	<p>Stattdessen setzen wir uns auf Bundesebene für die Wiedereinführung des Baukindergeldes ein, fördern den sozialen Wohnungsbau und unterstützen energetische und barrierefreie Sanierungen.</p>	<p>Die Ergänzung entwickelt die bestehende Zielrichtung weiter und stärkt Eigentumsbildung sowie Fachkräftebindung.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Durchbricht den Duktus des Wahlprogramms, durch Annahme des vorhergehenden Antrages aufgegriffen.</p>

**Die Natur – Unsere Heimat**

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 2507 und 2508 ändern in:</b></p> <p>Dass eine regionale Rohstoffgewinnung umweltschonend, mit anschließender, Rekultivierung entsprechend dem Stand der Technik möglich bleibt, damit wir Wertschöpfungsketten erhalten können.</p>	<p>124.</p>	<p>Dass eine regionale Rohstoffgewinnung möglich bleibt, damit wir Wertschöpfungsketten erhalten können.</p>	<p>Es muss darum gehen, dass wir Rohstoffe nutzen, aber den BürgerInnen auch versprechen, uns auch für die „Nachsorge“ der geschundenen Landschaft einzusetzen sowie für die Minimierung der Eingriffe in die Umwelt(Natur) im Vorfeld. Gerade Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland, wo bis heute deutlich sichtbar ist, was es bedeutet, ohne Rücksicht auf die Umwelt Rohstoffe abzubauen und die Sanierung und Rekultivierung der Allgemeinheit und den nächsten Generationen zu überlassen.</p>	<p>Annahme</p>	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2523 2524 ändern in:</b></p> <p>Junge Menschen sollen unterstützt werden, ökologische Herausforderungen durch Faktenwissen und technologische Innovationen (Erfindergeist) zu lösen. Die naturwissenschaftliche Bildung an unseren Schulen soll gestärkt werden, wobei wir auf ideologiefreie Wissensvermittlung, wissenschaftliche Evidenz und Technologieoffenheit setzen. Wir lehnen politischen Aktivismus in den Klassenzimmern ab.</p>	<p>125.</p>	<p>Die Bildung für Nachhaltige Entwicklung soll ressortübergreifend gestärkt werden</p>	<p>Das Konzept der "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" (BNE) wird zunehmend missbraucht, um einseitige, oftmals marktkritische und aktivistische Weltbilder an Schulen zu etablieren. Als CDU setzen wir auf eine starke MINT Bildung, die junge Menschen befähigt, ökologische Herausforderungen durch Faktenwissen und technologische Innovationen (Erfindergeist) zu lösen, statt Ängste zu schüren.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Unnötige Verlängerung und Zuspitzung.</p>

<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2525 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Tierschutz besser unterstützen:</b> Die Tierheime und Tierschutzvereine sowie Gnadenhöfe leisten wertvolle Arbeit im Tierschutz. Wir werden sie stärker fördern und dabei auch den gestiegenen Investitionsbedarf und Kostendruck berücksichtigen. Insbesondere werden wir die Katzenkastriationsverordnung landesweit anwenden, um die Menge und das Leid der Streunerpopulation zu mindern und auch einen Beitrag zum Schutz heimischer Vögel zu leisten. Die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen im Bereich Tierschutz verdient mehr Anerkennung und verlässliche Unterstützung.</p>	126.		<p>Tierheime alleine zu nennen, wird diesem Thema nicht gerecht. Tierschutz wird auch von vielen Tierschutzorganisationen, die sich um Wildtiere, Streunerkatzen an Futterstellen, alte und/oder behinderte Tiere u.a. auch auf Gnadenhöfen kümmern.</p> <p>Eine Katzenkastriationsverordnung vermindert auf Dauer die Streuner-Population und trägt damit zu weniger Tierleid bei diesen Tieren bei.</p> <p>Des Weiteren käme eine Eindämmung der momentan mehr als 15 Mio. Katzen (bundesweit) auch der ohnehin schon gefährdeten heimischen Vogelwelt zugute.</p> <p>Auch leben kastrierte Hauskatzen nach Unfruchtbarmachung länger und gesünder (geringerer Aktionsradius, weniger Kämpfe und Bisse beim Deckakt – daher weniger Infektionen etc.).</p> <p>Und zu guter Letzt sparen die Gemeinden, welche für Fundtiere auf ihrem Gebiet aufkommen müssen: Sind die Tiere „ge-chipt“ und registriert, können sie schneller an ihre Besitzer zurückgegeben werden bzw. diesen die Kosten für Unterbringung, Futter und eventuelle Tierarztkosten in Rechnung gestellt werden.</p>	Annahme	
--	------	--	--	---------	--

<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 2534 bis 2537 ändern in:</b></p> <p>Deshalb werden wir dort, wo es eine Kosten- Nutzenabschätzung sinnvoll erscheinen lässt, Deiche zurückverlegen und einen Aktionsplan zum Wassermanagement unter Berücksichtigung der Landbewirtschafter und -eigentümer auflegen.</p>	127.	<p>Deshalb werden wir dort, wo keine Bebauung oder Infrastruktur betroffen sind, Deiche zurückverlegen und einen Aktionsplan zum Wassermanagement unter Berücksichtigung der Landbewirtschafter und -eigentümer auflegen.</p>	<p>Wo gibt es Gebiete ohne Bebauung bzw. Infrastruktur? Letztendlich sind Feldwege auch eine Infrastruktur. Eine faire Kosten- Nutzenabschätzung ist den BürgerInnen zu vermitteln. Wir bleiben damit glaubwürdig und versprechen nicht zu viel.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2542-2544 ändern in:</b></p> <p>Maßnahmen zur Entsiegelung und zum städtischen Klimaschutz müssen im Einklang mit der lokalen Wirtschaftsentwicklung und privaten Eigentums rechten durch kommunale Eigenverantwortung gestaltet werden. Wir setzen auf eine ausreichende Finanzausstattung, die den Kommunen maximale Freiheit bei der Lösungssuche vor Ort gibt. Neue bürokratische Förderprogramme des Landes lehnen wir ab</p>	128.	<p>Gleichzeitig möchten wir eine Förderkulisse für Entsiegelungsprojekte eröffnen, um Städte und Gemeinden insbesondere auch bei der Umsetzung von Hitzeschutzplänen zu unterstützen.</p>	<p>Jede neue "Förderkulisse" erzeugt einen immensen bürokratischen Überbau im Land und in den Kommunen.</p> <p>Als CDU stärken wir die kommunale Selbstverwaltung (Subsidiarität) und den Schutz des Privateigentums.</p> <p>Hitzeschutzmaßnahmen dürfen nicht zu wirtschaftsfeindlichen Vorgaben für Bauherren Unternehmen und Kommunen führen.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Ursprungsformulierung prägnanter. Hinweis auf kommunale Finanzausstattung unnötig.</p>
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2554-2556 ändern in:</b></p> <p>Initiativen von mittelständischen Handwerksbetrieben, die Reparaturdienstleistungen, Recycling und die Wiederverwertung von Baumaterialien anbieten, wollen wir durch Bürokratieabbau und</p>	129.	<p>Initiativen wie Repair-Cafés, Recyclinghäuser und die Wiederverwertung von Baumaterialien werden wir unterstützen.</p>	<p>Wir sind die Partei des Mittelstands. Reparatur und Recycling sind klassische Handwerksleistungen, die wir dadurch fördern, dass wir die Betriebe von Bürokratie befreien, Arbeit wieder lohnenswert machen und Reparaturen unabhängig von Lebenswelt Projekten fördern.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Unterschiedliche Sachverhalte werden unzulässig vermischt.</p>

steuerliche Attraktivität und einen Reparaturbonus den Rücken stärken.					
<p><b>Antragsteller: Senioren Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2576 ergänzen:</b></p> <p>Die Kommunen müssen Ihrer besonderen Verantwortung für die Existenz und Funktion der Tierheime gerecht werden.</p>	130.	<p><b>Tierheime besser unterstützen:</b> Die Tierheime leisten wertvolle Arbeit im Tierschutz. Wir werden sie stärker fördern und dabei auch den gestiegenen Investitionsbedarf und Kostendruck berücksichtigen.</p>	<p>Der Tierschutz ist im Grundgesetz als staatliche Aufgabe genannt. Viele Kommunen haben die Verantwortung, für die im Sinne des Tierschutzes betriebenen Tierheime an die örtlichen Tierschutzvereine delegiert. Durch die Vielfalt der Aufgaben sind die Vereine mit diesen Aufgaben überfordert und haben erhebliche wirtschaftliche Probleme. Deshalb müssen die Kommunen sich insbesondere an der Finanzierung der Tierheime im Land entsprechend beteiligen.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Ursprungsformulierung hier ausreichend. Hinweis auf Annahme des vorhergehenden Antrages der Frauen Union.</p>

### Religionsfreiheit und Kirchen

<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2692-2697 ändern in:</b></p> <p>Das christliche Menschenbild ist das unverrückbare Fundament unserer Wertordnung und unserer freiheitlichen Gesellschaft. Kirchen und Klöster als geistige und kulturelle Zentren, die Reformation, das Wirken jüdischer Gemeinden sowie die Aufnahme verfolgter Hugenotten</p>	131.	<p>Ebenso ist die religiöse Vielfalt Sachsen-Anhalts ein Teil unserer Geschichte und unserer Gegenwart. Kirchen und Klöster als geistige und kulturelle Zentren, die Reformation, die Aufnahme verfolgter Hugenotten, das Wirken jüdischer Gemeinden und die Erfahrung konfessioneller Spannungen und Versöhnung haben unser Land</p>	<p>Der Originaltext relativiert die singuläre Bedeutung des christlich-jüdischen Erbes als Fundament unserer Gesellschaft zugunsten eines diffusen Vielfaltsbegriffs.</p> <p>Der Ersatztext positioniert die CDU klar <b>christlich</b>-konservative Volkspartei, führt den Leitkultur-Gedanken fort und macht deutlich, dass Toleranz gegenüber anderen Überzeugungen eine Errungenschaft genau dieses spezifischen, abendländischen Erbes ist,</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>Ebenso ist die religiöse Vielfalt Sachsen-Anhalts ein Teil unserer Geschichte und unserer Gegenwart. Kirchen und Klöster als geistige und kulturelle Zentren, die Reformation, die Aufnahme verfolgter Hugenotten, das Wirken</p>	
--	------	---	--	--	--

<p>haben unser Land geformt. Diese historisch gewachsene kulturelle Prägung ist die Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben in Sachsen-Anhalt auch von Menschen ohne religiöse Bindung. Wir bekennen uns zu dieser Leitkultur. Wer zu uns kommt und hier leben möchte, muss unsere auf diesem Erbe beruhende Rechts- und Werteordnung uneingeschränkt respektieren.</p>		<p>geformt. Heute ist Sachsen-Anhalt ein Ort friedlichen Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen – und auch von Menschen ohne religiöse Bindung.</p>	<p>an das sich auch Zuwanderer anpassen müssen.</p>	<p>jüdischer Gemeinden und die Erfahrung konfessioneller Spannungen und Versöhnung haben unser Land geformt. Heute ist Sachsen-Anhalt ein Ort friedlichen Zusammenlebens von Menschen mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen – und auch von Menschen ohne religiöse Bindung.</p> <p>Wir bekennen uns zu unserer Leitkultur. Wer zu uns kommt und hier leben möchte, muss unsere auf diesem Erbe beruhende Rechts- und Werteordnung respektieren.</p>	
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2718-2721 ändern in:</b></p> <p>Wir stehen für die uneingeschränkte Glaubensfreiheit im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Grundgesetz steht für uns ausnahmslos über religiösen Geboten. Eine</p>	<p>132.</p>	<p>Wir stehen für die uneingeschränkte Glaubensfreiheit, solange nicht zu Hass, Unterdrückung und Intoleranz gegenüber Andersgläubigen aufgestachelt wird. Wir werden Initiativen unterstützen, die Begegnung und Dialog ermöglichen und das respektvolle</p>	<p>Der bisherige Text öffnet Tür und Tor für die Förderung linker "Dialog"-Initiativen aus Steuermitteln und bleibt in der Abgrenzung zu weich.</p> <p>Der Änderungsantrag verankert das Primat des Grundgesetzes über die Religion und stellt klare, ordnungspolitisch harte</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Ursprungsformulierung realitätsnäher und kürzer. Rechts- und Werteordnung durch Annahme des vorhergehenden Antrages bereits aufgenommen.</p>

<p>Zusammenarbeit mit dem Staat oder eine Förderung unterstützen wir nur bei einem unmissverständlichen, aktiven Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat. Wir lehnen eine staatliche Alimentierung von politisch motivierten oder extremistischen Strukturen unter dem Deckmantel des interreligiösen Dialogs ab.</p>		<p>Miteinander in religiöser Vielfalt stärken.</p>	<p>Bedingungen für staatliche Kooperationen auf.</p>		
<p><b>Antragsteller: Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</b></p> <p><b>Zeilen 2756-2759 ändern in:</b></p> <p>Wo Religion als Vorwand für Hass, Gewalt, die Unterdrückung von Frauen oder die Errichtung von Parallelgesellschaften dient, endet unsere Toleranz. Wir treten dem politischen Islamismus, Antisemitismus und jeglichem Extremismus mit der vollen Härte des Rechtsstaates entgegen. Aus dem Ausland finanzierte und gesteuerte Moscheegemeinden, die unsere Verfassungswerte ablehnen, haben in Sachsen-Anhalt keinen Platz und müssen konsequent geschlossen werden.</p>	<p>133.</p>	<p>Wo Religion als Vorwand für Hass, Gewalt oder Ausgrenzung dient, endet die Toleranz. Wir treten antisemitischen, islamistischen oder religionsfeindlichen Strömungen mit aller Entschlossenheit entgegen.</p>	<p>Der Originaltext benennt den Islamismus nur flüchtig in einer Aufzählung.</p> <p>Angesichts der sicherheits- und migrationspolitischen Lage und zur Schärfung des bürgerlich-konservativen Profils der CDU sollten, die Gefahren des politischen Islams, ausländischer Einflussnahme und von Parallelgesellschaften explizit benannt und konkrete rechtsstaatliche Konsequenzen (Schließung) im Programm verankert werden.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Ursprungsformulierung ist prägnanter und kürzer. Kampf gegen den Islamismus bereits aufgegriffen. Ausschöpfung der rechtsstaatlichen Mittel im nachstehenden Antrag aufgegriffen.</p>

<p><b>Antragsteller: Stadtverband Burg, Kreisverband Jerichower Land</b></p> <p><b>Zeile 2759-2761 ändern in:</b></p> <p>Wir treten antisemitistischen, islamistischen oder religionsfeindlichen Strömungen mit aller Entschlossenheit und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegen.</p>	134.	Wir treten antisemitischen, islamistischen oder religionsfeindlichen Strömungen mit aller Entschlossenheit entgegen.	Diese Formulierung verleiht Ausdruck, um die wehrhafte Demokratie gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen zu verteidigen und dass das Vorgehen auf Gesetzen basiert und durch Justiz und Polizei erfolgt.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: EAK Sachsen-Anhalt, CDA Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Ab Zeile 2764 ergänzen:</b></p> <p><b>Wirkungsmöglichkeiten bieten:</b> Migration, die seit Jahren unser Land erreicht, bringt Menschen mit bisher weitgehend unbekanntem Glaubensformen zu uns. Auch diesen Einwohnern wollen wir im Rahmen des Grundgesetzes gute Wirkungsmöglichkeiten bieten.</p> <p><b>Akzeptanz fördern:</b> Wir erwarten von den Angehörigen aller Religionen und von allen Einwohnern in Sachsen-Anhalt, die keiner Religion angehören, dass sie friedlich und in gegenseitiger Achtung miteinander umgehen. Soweit es denn möglich ist, werden wir das gegenseitige Kennenlernen und Achten fördern. Intoleranz werden wir entschieden bekämpfen.</p>	135.		<p>(Hinweis der Redaktionskommission: Textpassage aus dem Regierungsprogramm 2021)</p> <p>Geregelte und zielorientierte Migration ist zum Wohle einer funktionierenden, wirtschaftlichen Entwicklung Sachsen-Anhalts in vielen Bereichen mit Fachkräftemangel etc. notwendig. Unkontrollierte Migration, die in den Sozialsystemen endet, kann nicht gewünscht sein. Asylrecht erfordert stets detaillierte Einzelfallprüfung, keine Pauschalierung. Einwanderung ist immer auch mit religiösen Fragen der Menschen verbunden, sowohl derjenigen, die nach Sachsen-Anhalt kommen, als auch bei der einheimischen Bevölkerung. Positive, weiterführende Akzeptanz erfordert Respekt. Religionen müssen zum positiven Zusammenleben beitragen und dürfen keinesfalls Spaltung fördern.</p>	Annahme	

			Die vorgeschlagenen Ergänzungen wurden bereits im Wahlprogramm 2021 positiv aufgenommen.		
<b>Wissenschaft als Wachstumsmotor</b>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 2814 bis 2816 ändern in:</b></p> <p>Die Hochschulen werden gezielt als Orte künftig anzustrebender, exzellenter Forschung, Innovation, Gründung praxisnaher Ausbildung und gezielter Nachwuchsförderung weiterentwickelt.</p>	136.	Die Hochschulen werden gezielt als Orte exzellenter Forschung, Innovation, Gründung praxisnaher Ausbildung und gezielter Nachwuchsförderung weiterentwickelt.	Sachsen Anhalt hat erstmalig seit 2025 eine Exzellenzcluster-Förderung für die Uni Halle erhalten. Dies ist ein großer Erfolg. Viele andere Bundesländer haben mehrere Clusterförderungen oder Exzellenzuniversitäten und dies schon seit vielen Jahren. Insofern haben wir Fortschritte gemacht und sollten aber die Perspektive realistisch aufzeichnen.	Keine Berücksichtigung	Bisherige Formulierung prägnanter.
<p><b>Antragsteller: Frauen Union Sachsen-Anhalt</b></p> <p><b>Zeile 2874 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p><b>Innovationsfreiheit ermöglichen:</b> Im Sinne eines künftigen Innovationsfreiheitsgesetzes soll in Sachsen-Anhalt die Förderbürokratie vereinfacht und sollen schnellere Entscheidungen ermöglicht werden. Projektmittel in der Forschung sollen flexibler bewirtschaftet und die Steuerung insgesamt verschlankt werden. Darüber hinaus möchten wir Daten leichter für Forschung nutzbar machen. Es sollen standardisierte Ausgründungsverträge</p>	137.		Viele unserer Anliegen für die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt werden durch ein Innovationsfreiheitsgesetz adressiert, das sich z. Zt. in Vorbereitung befindet. (vermutete Verabschiedung Ende 2027). Die Vertreter von Innovation, Wissenschaft und Forschung haben für diesen Prozess dringende Anliegen formuliert, die in dem vorgeschlagenen Absatz umrissen sind. Es wäre sinnvoll, in unserem Regierungsprogramm zu formulieren, dass wir die wichtigsten der geforderten	Annahme	

<p>an sachsen-anhaltischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen eingeführt werden und Ausgründungen innerhalb von 24 Stunden möglich sein. Außerdem unterstützen wir flexiblere Regeln für gemeinnützige Forschungseinrichtungen und das Wissenschaftsfreiheitsgesetz.</p>			<p>innovationsfördernden Maßnahmen in unserem Bundesland sicher umsetzen werden.</p>		
<p><b>Finanzpolitik mit Verantwortung</b></p>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 2884 ändern in:</b></p> <p>– Keine Steuererhöhungen nach gegenwärtigem Kenntnisstand der Finanzlage</p>	<p>138.</p>	<p>Keine Steuererhöhungen</p>	<p>Es ist ehrenwert, dass keine Steuererhöhungen geplant sind. Wer garantiert, dass dies durchzuhalten ist in der gegenwärtigen Lage? Warum macht man sich mit einer Absolutaussage so angreifbar?</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Neufassung macht Ursprungsaussage obsolet.</p>
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeilen 2888 bis 2889 ändern in:</b></p> <p>Sachsen-Anhalt hat das Potenzial, in den kommenden zehn Jahren zu einem starken und zukunftsfähigen Bundesland zu werden.</p>	<p>139.</p>	<p>Sachsen-Anhalt hat das Potenzial, in den kommenden zehn Jahren zu einem der stärksten und zukunftsfähigsten Länder Deutschlands zu werden.</p>	<p>Jeder interessierte Wähler hat die Kenntnis, dass wir ein Bundesland sind, das in vielen Bereichen vom Länderfinanzausgleich sehr stark profitiert. Es wäre doch schon ein tolles Ziel, wenn es gelänge, als Nehmerland die Zuwendungen reduzieren zu können. Warum formulieren wir unrealistische Ziele? Mehr Ehrlichkeit und „Bodenhaftung“ in der Wortwahl brauchen wir, auch im Wahlkampf.</p>	<p>Keine Berücksichtigung</p>	<p>Die bisherige Formulierung wurde bewusst klar, ambitioniert und politisch zugespitzt gewählt.</p>

<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2921-2923 ändern in:</b></p> <p>Die verfassungsrechtliche Schuldenbremse ist für uns nicht verhandelbar. Unser Anspruch als CDU geht jedoch darüber hinaus: Wir wollen die Neuverschuldung nicht nur stoppen, sondern die bestehenden Schulden systematisch tilgen. Nur ein verbindlicher Schuldenabbau entlastet kommende Generationen wirklich, sichert die finanzielle Souveränität des Landes und erarbeitet uns echte Spielräume für zukünftige Kernaufgaben.</p>	140.	<p>Die Schuldenbremse bleibt für uns ein zentrales Versprechen an kommende Generationen. In den nächsten Jahren wollen wir die Verschuldung des Landes nicht weiter erhöhen und damit finanzielle Spielräume für Zukunftsaufgaben schaffen.</p>	<p>Die bloße Stagnation der Schulden weicht das konservative Kernanliegen der echten Generationengerechtigkeit auf und ist ein zu schwaches Signal.</p> <p>Ein klares Bekenntnis zur Schuldentilgung grenzt die CDU scharf und glaubwürdig von der ungehemmten Schulden- und Schattenhaushaltspolitik der politischen Linken ab.</p>	Keine Berücksichtigung	Bestehende Formulierung prägnanter und für den Zeitraum einer Wahlperiode näher an der finanzpolitischen Realität.
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Börde</b></p> <p><b>Zeile 2942 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>So soll z.B. der Bestand an institutionellen Förderungen auf Zielerreichung, Notwendigkeit und finanzielle Tragfähigkeit überprüft werden.</p>	141.	<p><b>Einen modernen Staat schaffen:</b> Die Verwaltung in Sachsen-Anhalt soll digital, effizient und bürgernah arbeiten. Wir beschleunigen Genehmigungen, automatisieren Verfahren und bauen Bürokratie ab. Aufgaben und Strukturen werden regelmäßig überprüft.</p>	<p>Institutionelle Förderungen binden dauerhaft Haushaltsmittel. Eine aktuelle Überprüfung stärkt die Transparenz, ermöglicht Prioritätensetzungen und trägt zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Haushaltsführung bei. Insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage muss auch über den Wegfall von Förderung diskutiert werden.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2949-2953 ändern in:</b></p> <p>Ab 2027 werden wir den kommunalen Finanzausgleich auf Basis des initiierten</p>	142.	<p>Ab 2027 setzen wir die Ergebnisse des durch uns initiierten Gutachtens zur gerechten Verteilung der Mittel auf die kommunalen Ebenen in einem neuen</p>	<p>Der Originaltext nutzt klassische linke Gleichmacherei-Rhetorik ("gerechte Verteilung", "Ausgleich").</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Ursprungsformulierung prägnanter, Formulierungen im Änderungsantrag sind bereits geltende Rechtslagen.</p>

<p>Gutachtens leistungsgerecht reformieren. Neben der Gewährleistung einer angemessenen Mindestausstattung fordern wir von den Kommunen jedoch auch strikte Haushaltsdisziplin und konsequente Eigenverantwortung und Konsolidierungsanstrengungen ein.</p>		<p>Finanzausgleichsgesetz um. Dabei werden wir dem Anspruch einer finanziellen Mindestausstattung genügen und strukturelle Finanzschwäche im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse ausgleichen.</p>	<p>Der Ersatztext verankert stattdessen das ordnungspolitische Prinzip der Subsidiarität und Eigenverantwortung, um zu verhindern, dass der Finanzausgleich zu einer bloßen Subventionsmaschine ohne kommunale Sparanreize verkommt.</p>		
<p><b>Antragsteller: Kreisverband Halle (Saale)</b></p> <p><b>Zeilen 2956-2958 ändern in:</b></p> <p>Wir vertrauen auf die Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Mittel aus Bundes-, EU- und Landesprogrammen primär für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und exzellente Infrastruktur eingesetzt werden. Unser Maßstab sind wettbewerbsfähige Arbeitsplätze durch unternehmerische Freiheit, nicht durch staatliche Lenkung.</p>	<p>143.</p>	<p>"Wir sorgen dafür, dass Mittel aus Bundes-, EU- und Landesprogrammen effizient, transparent und zielgerichtet eingesetzt werden. Unser Maßstab sind nachhaltige Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und langfristige Perspektiven.</p>	<p>Dem latenten Etatismus im Kapitel muss entgegengewirkt werden. Dieser Änderungsantrag erteilt den planwirtschaftlichen Tendenzen und kleinteiligen Subventionspolitiken von SPD und Grünen eine klare Absage und stellt die ordoliberalen Überzeugung der CDU in den Mittelpunkt.</p>	<p>Keine Berücksichtigung.</p>	<p>Ursprungsformulierung prägnanter, Formulierungen im Änderungsantrag sind bereits geltende Rechtslagen.</p>

**Kulturland Sachsen-Anhalt**

<p><b><u>Antragsteller: Kreisverband Magdeburg</u></b></p> <p><b>Zeile 3010-3012 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir werden sie strukturell so ausstatten, dass sie ihre Erhaltungs-, Bildungs- und Vermittlungsaufgaben dauerhaft erfüllen können.</p>	144.	Wir werden sie strukturell so ausstatten, dass sie ihre Bildungs- und Vermittlungsaufgaben dauerhaft erfüllen können.	Dies ist zentrale Aufgabe mehrerer Landesstiftungen.	Annahme	
<p><b><u>Antragsteller: Kreisverband Magdeburg</u></b></p> <p><b>Zeile 3025 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>[...] Stiftungen in Halle (Saale) sowie perspektivisch den Magdeburger Dom.</p>	145.	Wir unterstützen die Bewerbungen für das das Pretziener Wehr in Schönebeck (Elbe) und die Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale).	Diese Entscheidung ist seit langem überfällig und offenbar auch umsetzbar (siehe Naumburger Dom).	Keine Berücksichtigung	Programmtext bezieht sich auf bereits gestellte laufende Anträge.
<p><b><u>Antragsteller: Kreisverband Magdeburg</u></b></p> <p><b>Zeile 3032-3034 ergänzen:</b></p> <p>Wir sichern die Vielfalt regionaler Museen, fördern landesweit Schwerpunktsetzungen und unterstützen die Vernetzung untereinander.</p>	146.	Wir sichern die Vielfalt regionaler Museen, fördern Schwerpunktsetzungen und unterstützen die Vernetzung untereinander.	Die bisherigen Schwerpunkte sind sehr ungleich über das Land verteilt. Ziel ist aber das ganze Land. So steht es einleitend auch in 2979-2982.	Annahme	

### Erinnerungskultur stärken

<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeilen 3093-3095 ändern in:</b></p> <p>Die Aufnahme von Spätaussiedlern als deutsche Landsleute in unsere Mitte bleibt für uns eine historische und verfassungsrechtliche Verpflichtung.</p>	147.	Die Integration von Spätaussiedlern als Deutsche in unsere Gesellschaft bleibt für uns ein historisch-moralisches Anliegen.	<p>Der Begriff "Integration" im Kontext von Spätaussiedlern spielt dem linken Narrativ des pauschalen "Einwanderungslandes" in die Karten.</p> <p>Der Ersatztext stellt klar, dass es sich um die Rückkehr von Deutschen handelt (verfassungsrechtlicher Auftrag), und zieht eine notwendige, ordnungspolitische Trennlinie zur aktuellen, illegalen oder wirtschaftlich motivierten Migration.</p>	Keine Berücksichtigung	Anliegen im Ursprungstext ausreichend formuliert. Umsetzung verfassungsrechtlicher Verpflichtungen Regelungsaufgabe des Bundes.
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeilen 3115-3117 ändern in:</b></p> <p>Wir fördern Begegnungsstätten, Initiativen und Projekte, die unsere Erinnerungskultur im Sinne einer wehrhaften Demokratie stärken und insbesondere die unmissverständliche Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Fokus rücken.</p>	148.	Wir fördern Begegnungsstätten, Initiativen und Projekte, die Erinnerungskultur und Integration miteinander verbinden.	<p>Die Vermischung von Gedenkstättenarbeit mit moderner "Integration" führt zu einer Zweckentfremdung von Mitteln für linke und grüne Gesellschaftsprojekte.</p> <p>Der Fokus der CDU in Sachsen-Anhalt muss zwingend auf der wehrhaften Demokratie und der konsequenten Aufarbeitung des SED-Unrechts liegen, um Profil gegenüber den politischen Mitbewerbern zu zeigen.</p> <p>Erinnerungskultur und moderne Integration sollten nicht vermischt werden.</p>	Keine Berücksichtigung	Verdacht der Zweckentfremdung von Mitteln ist unbegründet. Programmtext soll bewusst offen formuliert bleiben.

**Sachsen-Anhalt – Immer eine Reise wert**

<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 3145 bis 3146 ändern in:</b>          -Sachsen-Anhalt weiter als führendes Kulturreiseland und Naturdestination im In- und Ausland herausstellen          - Reisesaison und Aufenthaltsdauer in Sachsen-Anhalt verlängern          - Auf Basis von Kooperationen und Kennzahlen mehr erreichen          - starke Rollen der sich ergänzenden Landestourismusorganisationen:              1. Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (IMG) als Kompetenzzentrum für Marketing und Digitalisierung stärken              2. Landestourismusverband Sachsen-Anhalt e.V. (LTV) als Kompetenzzentrum für Qualität, Wissensmanagement und Nachhaltigkeit</p>	<p>149.</p>	<p>- Aufenthaltsdauer in Sachsen-Anhalt verlängern</p>	<p>Konkreter</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:           -Sachsen-Anhalt weiter als führendes Kulturreiseland und Naturregion im In- und Ausland herausstellen          - Reisesaison und Aufenthaltsdauer in Sachsen-Anhalt verlängern          - Digitale Buchungs- und Informationsangebote schaffen und ausbauen          - Auf Basis von Kooperationen und Kennzahlen mehr erreichen</p>	<p>Durchbricht den Duktus von kurzen ansprechenden Schlagsätzen.</p>
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 3148 bis 3154 ändern in:</b>          Der Tourismus ist in Sachsen-Anhalt eine zentrale Querschnittsbranche und weit mehr als reine Freizeitwirtschaft. Er verbindet Gastgewerbe, Einzelhandel,</p>	<p>150.</p>	<p>Kein Bundesland verfügt über mehr Denkmale und Welterbestätten als Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt ist Tourismus- und Kulturland. Burgen, Kirchen, UNESCO-Welterbestätten und lebendige Städte prägen unser Land</p>	<p>Bedeutung des Tourismus sollte stärker und konkreter hervorgehoben werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung:           Kein Bundesland verfügt über mehr Denkmale und Welterbestätten als Sachsen-Anhalt: Sachsen-Anhalt ist</p>	

<p>Handwerk, Landwirtschaft und Mobilität und entfaltet so breite wirtschaftliche Wirkung – insbesondere im ländlichen Raum. Insgesamt generiert der Tourismus rund 3,3 Milliarden Euro Umsatz und sichert rechnerisch Einkommen für über 70.000 Erwerbstätige. Seine besondere Stärke liegt dabei in den Beschäftigungseffekten und seiner starken regionalen Verankerung: Er schafft Arbeitsplätze, stärkt mittelständische Strukturen und erhöht die wirtschaftliche Eigenständigkeit vieler Regionen.</p> <p>Zugleich prägt der Tourismus die Identität des Landes. Attraktionen wie das Bauhaus Dessau, die Luthergedenkstätten in Wittenberg und Eisleben und der Nationalpark Harz machen Sachsen-Anhalt als Kultur- und Naturreiseziel national wie international sichtbar und tragen zur Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat bei. Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und öffentliche Räume kommen Gästen wie Einwohnern gleichermaßen zugute und steigern die Attraktivität des Standorts insgesamt. Gleichzeitig bündelt der Tourismus zentrale Zukunftsthemen wie Fachkräftesicherung, Nachhaltigkeit und demografischen Wandel. Wer den Tourismus stärkt, stärkt damit Wachstum, Lebensqualität und Zusammenhalt in ganz Sachsen-Anhalt.</p>		<p>ebenso wie einzigartige Natur- und Kulturlandschaften. Der Tourismus verbindet wirtschaftliche Entwicklung mit Heimatverbundenheit und ist ein Schlüsselfaktor für Lebensqualität im ländlichen Raum. Besonders in strukturschwachen Regionen kann Tourismus neue wirtschaftliche Impulse setzen. Wir wollen gezielt Investitionen, Vermarktung und Vernetzung fördern.</p>		<p>Tourismus- und Kulturland. Burgen, Kirchen, UNESCO-Welterbestätten und lebendige Städte prägen unser Land ebenso wie einzigartige Natur- und Kulturlandschaften. Der Tourismus verbindet wirtschaftliche Entwicklung mit Heimatverbundenheit und ist ein Schlüsselfaktor für Lebensqualität im ländlichen Raum. Er ist eine zentrale Querschnittsbranche und weit mehr als reine Freizeitwirtschaft. Er verbindet Gastgewerbe, Einzelhandel, Handwerk, Landwirtschaft und Mobilität und entfaltet so breite wirtschaftliche Wirkung. Er schafft Arbeitsplätze, stärkt mittelständische Strukturen und erhöht die wirtschaftliche Eigenständigkeit vieler Regionen.</p>	
--	--	--	--	---	--

<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 3174 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir werden Sachsen-Anhalt als weltoffenes und gastfreundliches Reiseland stärken, in dem Menschen aus aller Welt ebenso wie aus allen Teilen unseres Landes willkommen sind und ein respektvolles, offenes Miteinander selbstverständlich ist.</p>	151.		<p>Tourismus steht für Weltoffenheit und positives Menschenbild. Das sollte betont werden.</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Kapitel hat Stärkung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor als zentrales Thema. Unnötige Vermischung mit den Themen Menschenbild und offenes Miteinander.</p>
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 3177 bis 3181 ändern in:</b></p> <p>Wir definieren Tourismus als Wirtschaftspolitik. Tourismus stärkt regionale Wertschöpfung statt staatlicher Transferabhängigkeit.</p>	152.	<p>Nachhaltige Naturerlebnisangebote und thematische Routen sollen dabei stärker berücksichtigt werden. Wir werden mit einer „Straße Anhalt“ die Landesidentität stärken. Sie soll, ähnlich wie die „Straße der Romanik“, Orte, Bauwerke und Kulturerlebnisse miteinander verbinden und die Besonderheiten Anhalts sichtbar machen.</p>	<p>Als ersten Punkt ergänzen nach „Die Tourismusstrategie des Landes Sachsen-Anhalt fortschreiben:“ Bisherige Formulierung streichen Das wäre wenn dann ein Ergebnis der Fortschreibung des Masterplans</p>	Keine Berücksichtigung	<p>Neue Formulierung wiederholend. Fokus liegt auf dem Thema der Naturerlebnisangebote sowie der neuen „Straße Anhalt“.</p>
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 3182 bis 3183 nachfolgend ändern:</b></p> <p>Ob Radwege, ÖPNV zu touristischen Hotspots, digitale Infrastruktur und Besucherlenkungssystem wir wollen erreichen, dass</p>	153.	<p>Ob Wanderwege, Radwegetze, historische Alleen oder touristische Serviceeinrichtungen, wir wollen erreichen, dass Gäste Sachsen-Anhalt bequem, barrierearm und sicher erleben können.</p>	Entsprechend ersetzen.	Annahme	

Gäste Sachsen-Anhalt bequem, barrierearm und sicher erleben können.					
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeilen 3192 bis 3193 nachfolgend ändern:</b></p> <p>Wir wollen die Landestourismusorganisationen IMG und LTV [...]</p>	154.	Wir wollen die Landesmarketingorganisation (LTV) organisatorisch und finanziell stärken, Doppelstrukturen abbauen und die Zusammenarbeit zwischen LTV, Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) und den Destinationen weiter vertiefen.	Formale Richtigstellung	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 3194 streichen:</b></p> <p>[...] Doppelstrukturen abbauen [...]</p>	155.	Wir wollen die Landesmarketingorganisation (LTV) organisatorisch und finanziell stärken, Doppelstrukturen abbauen und die Zusammenarbeit zwischen LTV, Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) und den Destinationen weiter vertiefen.	Streichen: dazu gab es in den letzten Jahren einen umfangreichen Strukturentwicklungsprozess, der im Ergebnis die Strukturen für tragfähig erachtet.	Annahme	
<p><b>Antragsteller: Stadtverband Schönebeck, Kreisverband Salzland</b></p> <p><b>Zeile 3198 nachfolgend ergänzen:</b></p> <p>Wir werden die Marke des Reiselandes Sachsen-Anhalt im In- und Ausland klar schärfen und das Land konsequent als Kulturreiseland und Naturdestination positionieren. Grundlage ist der Masterplan 2027, den wir zielgerichtet weiterentwickeln und auf eine stärkere Wahrnehmung im</p>	156.		Abschnitt hinzufügen.	Annahme	

<p>Wettbewerb der Bundesländer ausrichten. Dabei setzen wir auf eine klare Fokussierung statt auf breite Streuung: Unsere Leitprodukte sind das UNESCO-Welterbe, die Straße der Romanik, die Gartenträume, die Himmelswege sowie die Naturregionen wie der Nationalpark Harz und das Blaue Band. Ergänzend werden wir gezielt Reiseanlässe wie Jubiläen und Themenjahre nutzen und unsere Angebote konsequent an den Motivlagen der Gäste - von Kultur und Geschichte über Naturerlebnis bis hin zu Aktiv- und Genussreisen - ausrichten. So schaffen wir ein klares touristisches Profil mit hoher Wiedererkennbarkeit und stärken die Wettbewerbsfähigkeit Sachsen-Anhalts nachhaltig.</p>					
<p><b>Antragsteller: Ortsverband Magdeburg Süd, Ortsverband Magdeburg Südost</b></p> <p><b>Zeile 3218 ergänzen:</b></p> <p><b>Touristische Radwege stärker in den Blick nehmen:</b></p> <p>Der Elbradweg ist auch wieder 2026 die beliebteste touristische Radstrecke Europas. Sie verbindet vom Riesengebirge in Tschechien über Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hamburg die Regionen bis zur Nordsee.</p> <p>Wir werden die touristische Nutzung weiter stärken, den Austausch mit den anderen Regionen intensivieren und unser Bundesland über den sanften Tourismus weiter bekannt machen, gastronomische Angebote an der Radroute fördern und</p>	157.		<p>Der Radtourismus ist ein wachsender und wirtschaftlich bedeutender Bestandteil des sanften Tourismus. Insbesondere der Elberadweg zeigt eindrucksvoll, welches Potenzial in hochwertigen, durchgängigen und gut vermarktetten Radwegen steckt. Als eine der beliebtesten Radfernrouen Europas zieht er jährlich zahlreiche nationale und internationale Gäste nach Sachsen-Anhalt. Diese Gäste sorgen nicht nur für zusätzliche Einnahmen im Gastgewerbe, sondern stärken auch den ländlichen Raum insgesamt – von Beherbergungsbetrieben über Gastronomie bis hin zu regionalen Produzenten und kulturellen</p>	Annahme	

<p>touristische Highlights entlang der Route intensiv bewerben.</p>			<p>Einrichtungen. Gleichzeitig steht der Radtourismus für eine nachhaltige und klimafreundliche Form des Reisens, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.</p> <p>Um dieses Potenzial noch besser zu nutzen, braucht es gezielte Investitionen in Infrastruktur, Qualität und Vermarktung. Dazu zählen gut ausgebaute und sichere Wege, eine verlässliche Beschilderung, attraktive Rast- und Serviceangebote sowie eine stärkere digitale Sichtbarkeit. Ebenso entscheidend ist die enge Zusammenarbeit mit den angrenzenden Regionen entlang der Route, um ein durchgängig hochwertiges touristisches Erlebnis zu gewährleisten.</p> <p>Die gezielte Stärkung touristischer Radwege ist daher nicht nur ein Beitrag zur Förderung des Tourismus, sondern auch zur regionalen Wertschöpfung, zur nachhaltigen Mobilität und zur positiven Wahrnehmung Sachsens-Anhalts als attraktives Reiseland.</p>		
---	--	--	---	--	--

### Sachsen-Anhalt in Bund und Europa

<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeilen 3294-3296 ändern in:</b></p> <p>Wir wollen eine EU, die sich streng auf ihre Kernaufgaben konzentriert, illegale Migration konsequent unterbindet, die Außengrenzen effektiv schützt, die gemeinsame Verteidigung stärkt, den Einstieg in eine europäische Schulden- und Transferunion dauerhaft verhindert und dadurch wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt.</p>	158.	Wir wollen eine EU, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert, Migration steuert, Grenzen schützt, gemeinsame Verteidigung stärkt und wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt.	<p>Die bisherige Formulierung zur Migration ist zu unpräzise; wir müssen illegaler Migration klar den Kampf ansagen, nicht sie nur "steuern".</p> <p>Zudem fehlt das historische ordnungspolitische Kernanliegen der CDU: Die klare Absage an eine europäische Schuldenunion. Wer wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben will, darf solide Finanzen nicht zur Verhandlungsmasse machen.</p>	Annahme	
<p><b>Antragsteller:</b> Landesfachausschuss „Konservativer Kreis“, Kreisverband Saalekreis</p> <p><b>Zeilen 3285-3286 ändern in:</b></p> <p>Der Austausch stärkt nicht nur die Bildung, sondern auch die Bindung an Europa durch das Verständnis für unsere gemeinsamen, europäischen christlich-abendländischen Werte.</p>	159.	Der Austausch stärkt Bildung, Weltoffenheit und Bindung an Europa.	<p>"Weltoffenheit" ist ein Begriff, der von den linken politischen Mitbewerbern zunehmend im Sinne einer woken Identitätspolitik instrumentalisiert wird.</p> <p>Die CDU sollte EU-Bildungsprogramme stattdessen strategisch mit unseren Werten verknüpfen: Dem Fokus auf Exzellenz, Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt und der Pflege unserer gemeinsamen abendländischen Kultur- und Wertegemeinschaft.</p>	Keine Berücksichtigung	Programmtext formuliert kürzer und prägnanter.